

POLITISCHE STUDIEN 446

 Hanns
Seidel
Stiftung

63. Jahrgang | November-Dezember 2012 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

AGRARPOLITIK ALS GESELLSCHAFTSPOLITIK

Mit Beiträgen von
Helmut Brunner | Franz Fischler | Alois Heißenhuber | Holger Magel



/// RICHARD ASBECK Politische Studien-Zeitgespräch zur Lage im Nahen Osten

/// MARKUS DREXLER Wie China die globale Krise meisterte

/// ISABELLA HERMANN Venezuelas Außenpolitik: radikal und erfolgreich!?

www.hss.de



„Die Meinungsfreiheit ist ein geschütztes **GRUNDRECHT**.“

RELIGION UND MEINUNGSFREIHEIT

Die Meinungsfreiheit ist ein vom Staat geschütztes Grundrecht. Eine konkrete Religion genießt einen solchen Schutz nicht, nicht einmal die der christlichen Mehrheit in unserem Lande. Verstünde der Staat sich anders, würde er gegen einen seiner bedeutendsten Grundsätze verstoßen: die weltanschauliche Neutralität. § 166 StGB über die „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ spricht daher eine Strafdrohung nur für den Fall aus, dass durch eine solche wie auch immer geartete Beschimpfung der öffentliche Friede gestört werden kann. Die Stimmen, die eine Pönalisierung blasphemischer Handlungsweisen als solcher fordern, werden an dieser grundsätzlichen Wertung nichts verändern können.

Mit diesen Feststellungen ist aber nur der rechtliche Rahmen bezeichnet, innerhalb dessen sich in unserer Gesellschaft die kontroversen Kräfte geltend machen: die Stimmen der Verhöhnung christlicher Glaubensvorstellungen auf der einen, die durch diese Stimmen in ihren religiösen Gefühlen Verletzten auf der anderen Seite. Der das Infantile streifende Mutwille der Verhöhnung ist manchmal mit Händen zu greifen. Auch lässt die auf diese Weise ausgeübte Meinungsfreiheit einer plakativen Ablehnung des christlichen Glaubens nur allzu meist intellektuell zu wünschen übrig, und die Verhöhner richten sich mit ihren Äußerungen in der Regel selbst.

Den Gläubigen ist hier eine gelassene Reaktion zu empfehlen. Schon das Evangelium nach Matthäus weist im fünften Kapitel darauf hin, dass Gott seine Sonne aufgehen lässt über Bösen und Guten. Islamische Fundamentalisten mögen zur Rache für ihren beleidigten Glauben aufrufen, dem Christen ist das nicht möglich. Gott selbst kann gar nicht beleidigt werden, denn wenn er der Transzendente und der „ganz andere“ ist, wie wollte irgendein Menschenwerk ihm dann schaden?

**Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair
ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung
und Staatsminister a.D.**



06

INHALT



59



17



36

IM FOKUS

- 15 HANS EISENMANN ALS VORBILD**
Einführung
SILKE FRANKE
- 17 AGRARPOLITIK VON EISENMANN BIS HEUTE**
Rahmenbedingungen für die europäische Agrarpolitik
ALOIS HEISSENHUBER
- 26 HANS EISENMANN – SEINER ZEIT VORAUSS UND VON MANCHEN UNVERSTANDEN**
25 Jahre nach seinem Tod
HOLGER MAGEL
- 36 BAYERISCHE AGRARPOLITIK BLEIBT MODERN**
Aktuelle Herausforderungen
HELMUT BRUNNER
- 44 AGRARPOLITIK IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG**
Ist ein eigenständiger Weg Bayerns möglich?
FRANZ FISCHLER

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 ISRAEL UND SEINE ARABISCHEN NACHBARN – DER NAHE OSTEN IM JAHR NACH DEM „ARABISCHEN FRÜHLING“**
Politische-Studien-Zeitgespräch mit dem Islamwissenschaftler
RICHARD ASBECK

ANALYSEN

- 48 WIE CHINA DIE GLOBALE KRISE MEISTERTE**
Staatskapitalismus als Erfolgsmodell?
MARKUS DREXLER
- 59 VENEZUELAS AUSSENPOLITIK: RADIKAL UND ERFOLGREICH!?**
Venezuelas Traum vom geeinten Lateinamerika
ISABELLA HERMANN

AKTUELLES BUCH

- 69 IMMER NOCH SMART ODER SCHON GESCHEITERT?**
Die LINKE
GERHARD HIRSCHLER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 72 REZENSIONEN
- 81 LESEEMPFEHLUNG
- 82 JAHRESÜBERSICHT
- 88 ANKÜNDIGUNGEN
- 90 IMPRESSUM

/// Politische-Studien-Zeitgespräch

ISRAEL UND SEINE ARABISCHEN NACHBARN – DER NAHE OSTEN IM JAHR NACH DEM „ARABISCHEN FRÜHLING“

RICHARD ASBECK /// ist studierter Islamwissenschaftler und Volkswirt und seit 2006 in verschiedenen Positionen im In- und Ausland für die Hanns-Seidel-Stiftung tätig. Ab 2006 war er Leiter des Projektbüros in Islamabad und wechselte 2009 in die Zentrale der Stiftung in München, wo er Referatsleiter für die Region Süd- / Südostasien war. 2011 übernahm er die Projektleitung in Jerusalem für die Stiftungsaktivitäten in Israel und den Palästinensischen Gebieten.

Politische Studien: Am 9. Oktober 2012 ordnete der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zum Erstaunen für den Rest der Welt vorgezogenen Parlamentswahlen an. Als offizieller Grund wurde angeführt, dass sich die Regierungskoalition nicht auf einen Staatshaushalt einigen könne. Aber steht diese überraschende Entscheidung vielleicht auch im Zusammenhang mit den Umbrüchen in der Region und dem Atomkonflikt mit dem Iran?

Richard Asbeck: Die Bedrohung durch das iranische Atomwaffenprogramm wird sicherlich den Wahlkampf von Premierminister Netanyahu bestimmen. Auch möchte Netanyahu die militärische Option, also ein potenzieller israelischer Präemptivschlag gegen Iran, durch vorgezogene Wahlen legitimie-

ren. Wenn man aber das Motiv für vorgezogene Neuwahlen einmal seziert, finden sich auch Erklärungen, die über die Frage des iranischen Atomwaffenprogramms hinaus reichen. Grundsätzlich ist aus Sicht einer Regierung der genuine Zweck einer Wahl ja meistens derselbe und liegt in der Erneuerung des Regierungsmandats. Insofern findet sich das Motiv für vorgezogene Neuwahlen häufig in der Antwort auf die Frage, ob Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt eine Mandaterneuerung begünstigen.

Wahltaktisch kann Netanyahu deutliche Vorteile aus einem vorgezogenen Wahltermin ziehen. Aus außenpolitischer Perspektive wären Neuwahlen am 22. Januar 2013 weitestgehend frei von einer US-amerikanischen Einfluss-



Richard Asbeck (2. v. r.) analysierte als einer der Experten auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Anfang Oktober 2012 in München die derzeitige Lage im Nahen Osten.

nahme. Präsident Obama wird sich sehr wahrscheinlich dem Nahost-Konflikt wieder zuwenden und die israelische Seite zu einem stärkeren Engagement im Friedensprozess drängen. Womöglich wird er einen Stopp des Siedlungsbaus in der Westbank fordern. Auch sind US-amerikanische Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung der Umbrüche in der Region bis hin zu einer Reaktion auf die Arabische Friedensinitiative von 2002 vorstellbar. All dieser Druck aus Übersee, der im kommenden Jahr auf Netanyahu einwirken könnte, hätte dann zumin-

dest keine Auswirkung auf den Wahlkampf.

Aus innenpolitischer Perspektive erscheinen frühe Wahlen günstig, da sich praktisch kein nennenswerter innenpolitischer Gegner im Kandidatenfeld befindet, der eine herausragende Chance gegen Netanyahu hat. Die soziale Protestbewegung und der weitverbreitete Unmut über die steigende ökonomische Belastung der Privathaushalte haben bisher keinen überzeugenden parteipolitischen Fürsprecher gefunden. Nach Meinungsumfragen würden die Israelis derzeit zwar auch aus wirtschaftspoliti-

”

An der Wahlurne erhält immer noch der Kandidat die meisten Stimmen, der als robustester Beschützer vor auswärtigen Gefahren gilt.

schen Erwägungen ihre Stimme vergeben. Die sicherheitspolitischen Erwägungen und der Atomkonflikt mit Iran, den Sie eingangs angesprochen haben, wird die Wahlentscheidung jedoch traditionell stärker beeinflussen. Shimon Peres hat mit Blick auf den Einfluss der sicherheitspolitischen Agenda auf die Stimmabgabe in Israel einmal gesagt: „In Israel sagen die Leute in Meinungsumfragen zwar die Wahrheit, an der Wahlurne aber lügen sie!“ Das heißt, an der Wahlurne erhält immer noch derjenige Kandidat die meisten Stimmen, der als robustester Beschützer vor auswärtigen Gefahren gilt, und nicht derjenige, der eine sozialpolitische Agenda prioritär besetzt.

Wenn man einmal das laufende Jahr betrachtet, scheint Netanyahu in dieser Hinsicht fast alles auf eine Karte zu setzen. Mit seiner offensiven Warnung vor dem iranischen Atomwaffenprogramm und der Betonung der Option eines militärischen Alleingangs, wovor weite Kreise des israelischen Sicherheitsestablishments im Übrigen warnen, hat sich Netanyahu im angelaufenen Wahlkampf hervorragend positioniert.

Politische Studien: Als stärkste Konkurrenz für Netanyahu bei den Neuwahlen wird derzeit Tzipi Livni, die ehemalige Außenministerin, gehandelt. Können Sie

sich noch weitere Kandidaten auf das Amt des künftigen israelischen Ministerpräsidenten vorstellen?

Richard Asbeck: Tzipi Livni wäre eine starke Kandidatin des politischen Zentrums, die auf Regierungsverantwortung und ein erfolgreiches Ministeramt zurückblicken kann. Dies ist bei israelischen Spitzenkandidaten besonders dann wichtig, wenn der Kandidat keinen Generalsrang und keine besondere Karriere in militärischen Eliteeinheiten vorweisen kann. Die Schwäche von Livni liegt aber vor allem darin, dass ihre politische Heimat, die zentristische Partei Kadima, durch die gescheiterten taktischen Manöver ihres Parteiführers Shaul Mofaz praktisch pulverisiert wurde. Livni könnte daher nur auf einer neuen Liste bei den Wahlen reüssieren, wofür der von Netanyahu so kurzfristig angesetzte Wahltermin allerdings nur denkbar wenig Zeit bietet. Diskutiert wird auch, ob Livni als Nummer Zwei in der Arbeiterpartei hinter Parteiführerin Shelly Yacimovich ins Rennen geht. Diesem Damendoppel wird eine gewisse Chance eingeräumt, das Wahlergebnis der Arbeiterpartei zu steigern. Die Stimmen-Mehrheit einer Mitte-Links-Koalition unter Führung der Arbeiterpartei ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, zumal die zentristischen Parteien alle um dasselbe Wählerspektrum buhlen.

Von rechts droht Netanyahu spätestens seit seinem Zusammengehen mit Yisrail Beiteinu unter Rechtsaußen

Avigdor Liebermann auch keine Gefahr mehr. Der Likud wird auf einer gemeinsamen Liste mit Yisrail Beiteinu ins Rennen gehen und nach derzeitigen Prognosen rund ein Drittel der Sitze erhalten. Sicherlich werden ein paar traditionelle Wähler durch den Zusammenschluss mit Yisrail Beiteinu verprellt, denn so mancher Likudnik kann die umstrittenen Gesetzentwürfe von Yisrail Beiteinu zur Kontrolle der Presse und Zivilgesellschaft sowie zur Stellung der israelisch-arabischen Minderheit nur bedingt mit seinem Demokratieverständnis vereinbaren. Belastbare Umfrageergebnisse werden aber erst dann vorliegen, wenn dieser Coup von der israelischen Gesellschaft einigermaßen verdaut ist. Das Zusammengehen von Likud und Yisrail Beiteinu beweist jedoch Folgendes: Der Wahlkampf entscheidet sich im rechten Teil der Gesellschaft. Selbst die zentristischen Parteien Kadima und Yesh Atit, ja auch die Arbeiterpartei fischen gerade ein wenig im rechten gesellschaftlichen Spektrum, indem sie sicherheitspolitische Härte sowie Unbeweglichkeit im Nahost-Friedensprozess signalisieren. Der Likud hat sich mit der Einverleibung von Yisrail Beiteinu jedoch das rechte Wählerspektrum gesichert und ist damit noch ein weiteres Stück nach rechts gewandert.

Die beiden Spitzenkandidaten, welche die Parlamentswahl des Jahres 2013 bestimmen werden, sind daher Bibi Ne-

tanyahu vom Likud und Shelly Yacimovich von der Arbeiterpartei. Wenn Tzipi Livni noch eine geeignete Plattform findet, gibt es vielleicht noch einen dritten nennenswerten Spitzenkandidaten.

Politische Studien: Wie kann man die Skepsis deuten, welche Israel dem „Arabischen Frühling“ von Anfang an entgegenbrachte, obwohl der Rest der westlichen Welt so euphorisch reagierte?

Richard Asbeck: Die Skepsis ist ein Abbild des bilateralen Verhältnisses zwischen den arabischen Staaten und Israel. Nur Ägypten und Jordanien haben mit Israel jeweils ein vollwertiges Friedensabkommen unterzeichnet, und selbst in diesen beiden Staaten ist die Antinormalisierungstendenz beträchtlich. Tatsächlich wird Israel als jüdischer und demokratischer Staat noch auf absehbare Zeit im Nahen Osten gewissermaßen als ein Fremdkörper betrachtet werden. Ebenso empfinden weite Kreise in Israel die arabische Nachbarschaft vor dem Hintergrund der Geschichte und der vielen militärischen Auseinandersetzungen seit der Staatsgründung im Jahre 1948 als eine Bedrohung.

Eine große Rolle bei der anfänglichen – und anhaltenden – Skepsis gegenüber dem legitimen Aufstand gegen autokratische Herrscher hat auch die

”

Das Zusammengehen von Likud und Yisrail Beiteinu beweist, der Wahlkampf entscheidet sich im rechten Teil der Gesellschaft.



Isabel Kubenz im Gespräch mit Richard Asbeck.

Begrifflichkeit gespielt. So wurde die Bezeichnung „Arabischer Frühling“ schon sehr früh als ein recht euphemistischer Begriff empfunden. Asher Susser von der Tel Aviv Universität hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Subtext dieses Begriffes eine liberale Entwicklung gleich dem „Prager Frühling“ oder dem „Frühling der Nationen“ von 1848 impliziert. Er sieht wie viele israelische Analysten jedoch keineswegs eine Zwangsläufigkeit, dass die allgemeine Herrschaftskrise in der arabischen Welt und der legitime Aufstand gegen die verknöcherten Dynastien letztendlich funktionierende Demokratien nach westlichem Vorbild hervorbringen werden. Dies anzunehmen, gleiche, einem falschen Universalismus aufzusitzen.

Fast zwei Jahre nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ überwiegt in Israel die Bewertung, dass vor allem wegen einer unterschiedlichen politischen Kultur in der arabischen Welt diejenigen Kräfte an die Macht gelangen werden, die wegen ihrer religiös motivierten, frommen und sozialen Agenda weitaus authentischer wirken als die westlich orientierte, zahlenmäßig jedoch deutlich kleinere Facebook-Jugend. Profitieren wird daher bei den laufenden und künftigen Auseinandersetzungen, grob gesprochen, das Parteienspektrum des Politischen Islam. Eine solche Analyse wurde in Israel bereits lange vor den ägyptischen Parlamentswahlen disku-

tiert, wodurch anfänglich eine unterschiedliche Bewertung zu hiesigen Analysen entstand. Inzwischen nähern sich die Analysen in Israel und im Westen aber einander an. Der Pragmatismus der ägyptischen Muslimbruderschaft und das Bekenntnis zum Friedensabkommen von Präsident Morsi überraschte und schwächt die israelische Furcht vor den Umwälzungen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Ebenso wird bei westlichen Analysen inzwischen der relativen Schwäche liberaler, demokratischer Kräfte in der arabischen Welt weitaus mehr Bedeutung geschenkt als zu Beginn der Aufstandsbewegung.

Politische Studien: Die Israelis sind in der arabischen Welt so isoliert wie selten zuvor. Hätte das Land nicht die Gunst der Stunde für sich nutzen können, um sich den Umbruchsländern zu nähern? Immerhin hat Israel nur mit zwei Ländern der Region, Ägypten und Jordanien, Friedensabkommen geschlossen.

Richard Asbeck: Nein. Die Beziehungen zu den beiden Ländern, mit denen Israel ein Friedensabkommen unterzeichnet hat, beschränken sich auf den Austausch mit politischen und militärischen Eliten, gegen die sich der Aufstand der Bevölkerung ja gerade wendet. Andere Verbindungen sind kaum vorhanden. Selbst die

„Profitieren wird bei den laufenden und künftigen Auseinandersetzungen das Parteienspektrum des Politischen Islam.“

”

Israel bleibt beim „Arabischen Frühling“ abgesehen von den israelisch-palästinensischen Beziehungen weitestgehend die Rolle des beobachtenden Zaungastes.

wirtschaftlichen Beziehungen hinken hinterher. Ein nennenswerter zivilgesellschaftlicher und kultureller Austausch ist praktisch nicht auszumachen. Insofern bestand kaum eine Grundlage für eine israelische Annäherung an die Akteure der arabischen Aufstandsbewegung.

Aber betrachten Sie auch die Gegenseite. Was hätte es denn diesen Akteuren gebracht, hätte Israel auch nur in Kontakt mit ihnen treten wollen? Sie wären bei dem augenblicklichen Zustand der bilateralen Beziehungen doch nur durch den Kontakt mit Israel diskreditiert worden. Bedenken Sie auch, dass die neuen Akteure von sich aus nicht uneingeschränkt eine Annäherung begrüßen. Sowohl in Ägypten als auch in Jordanien kam es zu Demonstrationen vor den jeweiligen israelischen Auslandsvertretungen, in Ägypten wurde das Botschaftsgebäude von einem Mob gestürmt und die israelische Flagge vom Dach der Botschaft gerissen, in Jordanien brannten Flaggen und Steine wurden geworfen.

Wenn es eine Gunst der Stunde gibt, dann bezieht sich das eher auf die Chance einer Neubewertung der regionalen Sicherheitslage durch Israel. Und hier ist die Bilanz fast zwei Jahre nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ nicht un-

eingeschränkt negativ. Vielmehr sind sowohl positive als auch negative Entwicklungen für die israelische Sicherheitslage auszumachen. Negativ zu verbuchen ist sicherlich eine neue Unübersichtlichkeit an den Landesgrenzen. Gerade auf dem Sinai forderten nicht-staatliche, bewaffnete Gruppen das ägyptische Gewaltmonopol heraus und feuerten von dort auf das israelische Staatsgebiet. Opfer sind zu beklagen. Auch die ungeklärte Frage, wie sich die allgemeine Herrschaftskrise in der arabischen Welt auf das haschemitische Königshaus in Jordanien auswirken wird, könnte zu einer Bedrohung für Israel werden. Dem gegenüber steht jedoch, dass die arabischen Nachbarländer in den kommenden Jahren stark mit sich selbst beschäftigt sein werden und von ihnen kaum eine staatliche Bedrohung für Israel auszugehen vermag.

Wenn man diese Gunst der Stunde also aktiv nutzen wollte und aufgrund der weitaus geringeren zwischenstaatlichen Gefährdung Israels eine Annäherung mit arabischen Staaten schaffen wollte, so stellt sich die Frage, wo es überhaupt Ansatzpunkte und Mechanismen für eine solche Annäherung gäbe. Hier lässt sich, abgesehen von der Arabischen Friedensinitiative von 2002, nicht viel ausmachen. Ein Ansprechpartner wäre die Arabische Liga, allerdings in einer Zeit, in der sich viele arabische Regierungen in einer massiven

Herrschaftskrise befinden. Deshalb ist Israel beim „Arabischen Frühling“ wohl weitestgehend die Rolle des beobachtenden Zaungastes vorbehalten, wovon man natürlich die israelisch-palästinensischen Beziehungen ausnehmen muss.

Politische Studien: Seit nunmehr einem Jahr ist kaum Bewegung im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina erkennbar. Würde es Israel nicht in der Region stärken, wenn ein besseres Verhältnis zu den Palästinensern bestünde?

Richard Asbeck: Der Nahostkonflikt und der israelisch-palästinensische Friedensprozess verblassen derzeit vor anderen Entwicklungen, also dem „Arabischen Frühling“, der steigenden konfessionellen Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten und dem iranischen Atomwaffenprogramm. Die internationale Agenda und die nationalen Agenden der arabischen Staaten fokussieren sich auf andere Probleme. Selbst der israelische Parlamentswahlkampf ist wenig geprägt von der Palästinenserfrage. Die Herausfordererin Yacimovich und die Arbeiterpartei unterstützen eine jüdische Siedlungspolitik in der Westbank. Verhandlungen würde man begrüßen, aber, so auch hier der Tenor der Arbeiterpartei, es mangle angeblich an ernsthaften Verhandlungspartnern auf palästinensischer Seite.

Mittelfristig ist die von Ihnen geäußerte Annahme jedoch richtig. Israel

wird auf Dauer nur dann als jüdischer und demokratischer Staat bestehen können und seine Stellung in der Region behaupten, wenn schon jetzt Maßnahmen gegen die sich ausbreitende Einstaaten-Realität getroffen werden. Wenn sich die gegenwärtige Siedlungspolitik fortsetzt, wird eine jüdische Minderheit über eine arabische Mehrheit, die dann zum Teil nicht mit denselben Bürgerrechten ausgestattet ist, regieren. Es könnte dann eine Situation eintreten, die der arabische Knesset-Abgeordnete Ahmed Tibi einmal plakativ mit den Worten beschrieb: „Israel ist ein jüdischer und demokratischer Staat. Er ist demokratisch für Juden und jüdisch für uns!“ Damit eine solche Situation nicht eintritt, sollte in Israel auch vermehrt über unilaterale Schritte nachgedacht werden, um eine Zweistaatenlösung anzuschieben. Darunter fielen: mehr Kompetenzen für die Palästinensische Autonomiebehörde auf ihrem Gebiet, vor allem in der C-Zone der Westbank, sowie ein Baustopp für jüdische Siedlungen in der Westbank. Ebenso sollten auch Anreize zur Rückführung von Siedlern geschaffen werden. Allerdings geht die gegenwärtige Tendenz in die vollkommen andere Richtung. Ein von der Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten vom ehemaligen Richter am Obersten Ge-

”

In Israel sollte vermehrt über unilaterale Schritte nachgedacht werden, um eine Zweistaatenlösung anzuschieben.

richtshof, Edmund Levy, empfiehlt eine vollständige Legalisierung aller jüdischer Siedlungen in der Westbank.

Politische Studien: Sie haben Israel vor kurzem auf einer Tagung in München als einen „Eine-Bombe-Staat“ bezeichnet. Was meinen Sie damit genau?

Richard Asbeck: Diese Bezeichnung stammt nicht von mir, sondern ist ein bekanntes Zitat des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei. Damit beschrieb Khamenei die Absorptionsfähigkeit Israels im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Iran. Auf der von Ihnen genannten Tagung wurde die Stimmung der israelischen Gesellschaft bezüglich des iranischen Atomwaffenprogramms angesprochen. Ich erwähnte das Zitat von Khamenei deshalb, weil es die potenzielle Bedrohung Israels recht plakativ illustriert. Zumindest die Befürworter eines israelischen Alleingangs wie zum Beispiel der ehemalige Minister Ephraim Sneh begründen ihre Zustimmung für einen militärischen Erstschatz Israels mit der existenziellen Gefährdung, die von einer iranischen Atombombe ausgeht. Sneh sagte kürzlich sinngemäß: „The temptation to strike us is enormous. Even if a single atomic bomb cannot destroy the entire country, it can certainly wipe us out economically and intellectually.“

Politische Studien: Anfang August 2012 wurden von der Regierung in ganz Israel ABC-Masken verteilt. Die ausländische Presse spricht sogar schon von einem bevorstehenden Krieg. Wie wirkte sich dies auf die Stimmung der Menschen im Land aus?

Richard Asbeck: Hier herrscht alles andere als Panik. Auch herrscht die Lesart vor, dass Israel in den nächsten Mona-

ten keinen Alleingang unternehmen wird. Andere Signale wie zum Beispiel die Effektivität der gegen Iran verhängten Sanktionen, diplomatische Initiativen der USA und nicht zuletzt die mehrheitliche Ablehnung der israelischen Bevölkerung und des hiesigen Sicherheitsestablishment gegen einen israelischen Alleingang bestärken das Gefühl, dass der Tag X noch in weiter Ferne liegt. Aber wer weiß das schon genau?

Politische Studien: Herr Asbeck, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Isabel Kubenz, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, Studentin der Politikwissenschaften, Hochschule für Politik, München. ///



/// RICHARD ASBECK

ist Leiter des Projektbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Jerusalem und den Palästinensischen Gebieten.

/// Einführung

HANS EISENMANN ALS VORBILD

SILKE FRANKE /// Als Dr. Hans Eisenmann im März 1969 das Amt des Bayerischen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernahm, schlug er einen neuen Weg in der Agrarpolitik ein. Er erkannte schon früh den Stellenwert der Landwirtschaft insbesondere in Bayern und das ging für ihn weit über die reine Produktion von Nahrungsmitteln und ein rein ökonomisch orientiertes Leitbild hinaus. In Zeiten von „Wachsen oder Weichen“ sollten auch kleinbäuerliche Betriebe und gewachsene Kulturlandschaften eine Chance erhalten. Wo andere Experten einem rein sektoralen Denken verhaftet waren, hatte er den Mut, über den Tellerrand hinaus zu blicken. Agrarpolitik war für Eisenmann Gesellschaftspolitik. So trug er wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung und Gestaltung Bayerns bei.

Eisenmann stammte aus einer bodenständigen und gesellschaftlich engagierten Familie. Er wuchs auf dem Glückshof in der Hallertau auf und studierte in Weihenstephan Landwirtschaft. In seiner Laufbahn bewies er nicht nur fachliche Kompetenz, sondern auch politisches Geschick. Der CSU-Politiker übte sein Amt als Minister 18 Jahre lang bis zu seinem plötzlichen Tod im August 1987 aus. Er war als Persönlichkeit vielen Menschen ein Vorbild, an das auch 25 Jahre später mit Respekt gedacht wird. Die nachfolgenden Beiträge erinnern daran, wie neuartig und zukunftsweisend seine Vorstellungen waren, auch im Spiegel der heutigen Zeit.*

In welchem Kontext standen die Ideen von Eisenmann? Alois Heißenhuber, Lehrstuhlinhaber im Hans-Eisenmann-

Zentrum in Weihenstephan, skizziert in seinem Beitrag die wesentlichen Rahmenbedingungen, die zu den Reformen der europäischen Agrarpolitik seit den 70er-Jahren geführt haben. Im Zentrum seiner kritischen Auseinandersetzung steht der Begriff der „bäuerlichen Landwirtschaft“.

Ist ein eigenständiger Weg Bayerns mit der Globalisierung noch MÖGLICH?

Eisenmann hatte nicht nur die Landwirtschaft im Blick. Seine Vision war die lebenswerte Gestaltung der ländlichen Räume und die Erhaltung ihrer Vielfalt. Dafür hat er auch entsprechende Instrumente entwickelt. Wie schwie-



Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung am 2. August 2012 im Konferenzzentrum München beleuchteten Experten das Wirken von Hans Eisenmann aus heutiger Sicht.

rig es sein kann, zukunftsweisende Ideen umzusetzen, zeigt Holger Magel. In seinem persönlichen Beitrag schildert er als ehemaliger Mitarbeiter, was ihm Eisenmanns Wirken als „Vermächtnis“ mitgegeben hat.

Auch heute muss Agrarpolitik in gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge gestellt werden, ist die Überzeugung von Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Er zeigt auf, mit welchen Herausforderungen er die Landwirtschaft heute konfrontiert sieht.

Ist ein eigenständiger Weg Bayerns in der globalisierten Welt überhaupt noch möglich? Nach der Überzeugung des ehemaligen EU-Agrarkommissars Dr. Franz Fischler ist er – in Grenzen – nicht nur möglich, sondern sogar notwendig.

Der „Bayerische Weg“ – er ist damals viel diskutiert worden und bietet ange-

sichts der heutigen Herausforderungen auch noch viele Denkanstöße. ///



/// SILKE FRANKE

Dipl.-Geographin, Referentin für Umwelt und Klima, Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

* Die hier aufgeführten Beiträge gehen darauf zurück. Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.hss.de

/// Rahmenbedingungen für die europäische Agrarpolitik

AGRARPOLITIK VON EISENMANN BIS HEUTE

ALOIS HEISSENHUBER /// Vor 25 Jahren verstarb der bayerische Landwirtschafts-, Ernährungs- und Forstminister Hans Eisenmann – Anlass, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen: Vor welchem Hintergrund entstanden seine Überlegungen zur Agrarpolitik und was hat sich seitdem in der Agrarpolitik getan? Von welcher Bedeutung sind seine Ideale heute und wie gestalten sich die politischen Rahmenbedingungen dabei, die letztlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Landwirtschaft auf der einen Seite die Erwartungen der Gesellschaft erfüllen und auf der anderen Seite gegenüber den Kräften des Marktes bestehen kann?

Ausgangssituation

Dr. Hans Eisenmann übernahm 1969 das Amt des Bayerischen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Zeit war vom technischen Fortschritt geprägt, auch in der Landwirtschaft: Kapital ersetzte Arbeit, die Erträge stiegen. Die Produktionssteigerung wurde durch eine Politik der Preisstützung zusätzlich begünstigt. Da die Nachfrage aber deutlich geringer anstieg, führte die Situation bei mehr und mehr Erzeugnissen zu Überschüssen. Anfänglich wurden diese Überschüsse noch akzeptiert. Nachdem aber die Lagerbestände immer größer wurden und der Staat für die damit verbundenen Kosten aufkommen hatte, wuchs auch der Druck, eine Kurskorrektur vorzunehmen, zu-

mal es dem Staat mit dieser Politik immer weniger gelang, die landwirtschaftlichen Einkommen zu sichern, während außerhalb der Landwirtschaft die Löhne stiegen. Insbesondere bei den kleinen Betrieben wuchs die Unzufriedenheit. Für Landwirte war es auf weniger ertragreichen Standorten nicht mehr rentabel, die Erzeugung aufrecht zu erhalten. Flächen fielen brach und es entstand die sogenannte Sozialbrache, also eine Nichtbewirtschaftung aus sozioökonomischen Gründen. Die Politik stand vor der Herausforderung, für die anstehenden Probleme eine Lösung zu finden. Insbesondere sollten die steigenden Marktordnungskosten reduziert und die landwirtschaftlichen Einkommen stabilisiert werden.

Der Mansholt-Plan und Eisenmanns Antwort

1968 legte die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Memorandum zur Reform der Landwirtschaft vor, den so genannten Mansholt-Plan. Sicco Mansholt, der damalige Agrarkommissar und Vizepräsident der Kommission, setzte auf einen drastischen Strukturwandel. Ziel war, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe deutlich zu verringern. Zwischen 1970 und 1980 sollten von zehn Millionen Landwirten fünf Millionen ausscheiden. Sie sollten Platz machen für moderne, rationell arbeitende, leistungsfähige landwirtschaftliche Großunternehmen. Für die Produktionseinheiten sollten Mindestgrößen gelten. Ein ganzes Bündel weiterer strukturpolitischer Maßnahmen war vorgesehen. Doch die Landwirte kritisierten diese Vorschläge massiv. Auch die bundesdeutschen Politiker gingen auf Distanz.

Eisenmann ERKANNTEN schon damals den Wert und Schutz des ländlichen Bereiches als Kulturlandschaft.

Dem Mansholt-Plan und seiner Strukturpolitik des „Wachsen oder Weichens“ stellte Eisenmann den „Bayerischen Weg“ gegenüber.¹ Statt einer allein auf den Vollerwerb ausgerichteten Agrarpolitik setzte dieser auf eine Kombination von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben. Als Voraussetzung sollten außerlandwirtschaftliche Arbeits-

plätze geschaffen und damit Einkommensalternativen angeboten werden. Überbetriebliche Zusammenarbeit sollte dazu beitragen, die Erzeugungskosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Eine wichtige Funktion übernahmen in diesem Zusammenhang die Maschinen-, Erzeuger- und Betriebs-hilfsringe.

Eisenmann erkannte damals schon die Notwendigkeit, die Kulturlandschaft zu erhalten – gerade auch in Standorten, die landwirtschaftlich weniger ertragreich und somit benachteiligt, aber landschaftlich häufig besonders attraktiv waren. Folgende zwei Zitate belegen die Sichtweise von Minister Eisenmann: „Ökonomisches Denken beherrscht den modernen Menschen und lässt ihn dabei leider übersehen, dass er auf dem besten Wege ist, seine Umwelt und seine Lebensgrundlagen zu zerstören.“² und „Wir benötigen Maßstäbe, um die Sozialfunktion der Land- und Forstwirtschaft ... bewerten zu können und eine Antwort ... wer an den Kosten für die Erhaltung und Pflege der Landschaft beteiligt werden soll.“³

Damit die Bewirtschaftung strukturschwacher Standorte gesichert werden konnte, initiierte Eisenmann Programme, welche den Kostennachteil der benachteiligten Standorte ausgleichen sollten. Die letztlich im Rahmen von einschlägigen Programmen gewährten Ausgleichszahlungen basierten auf umfangreichen wissenschaftlichen Kalkulationen.⁴ In der Zwischenzeit stellen derartige Programme einen wesentlichen Bestandteil der EU-Umweltprogramme dar, wie sie in der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik angeboten werden.

Die Ansätze des Bayerischen Weges haben sich bewährt. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass der



Quelle: ASGP, Hans-Seidel-Stiftung.

Dem drastischen Strukturwandel des „Wachsen oder Weichens“, den der Mansholt-Plan vorsah, setzte der damalige bayerische Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann (r. im Bild) den „Bayerischen Weg“, eine Kombination von bäuerlicher Voll-, Zu- und Nebenerwerbstätigkeit, entgegen und unterstützte so die Landwirte, die sich in ihrer Existenz gefährdet sahen.

Strukturwandel bis heute nicht aufgehalten werden konnte.

Bäuerliche Landwirtschaft – eine Frage der Größe?

Der Begriff „bäuerliche Landwirtschaft“ wird häufig als Gegenpol zur industrialisierten Landwirtschaft gebraucht. Die Diskussionen um die Abgrenzung zwischen bäuerlicher und industrieller Landwirtschaft sind als müßig einzustufen, sofern sich daraus keine Vorteile bzw. Konsequenzen ergeben. So erschien es naheliegend, den Begriff zu definieren und mit Konsequenzen zu versehen. 1987 wurde im Bundesrat ein Beschluss

zur Definition der bäuerlichen Landwirtschaft eingebracht. Der Vorschlag Bayerns sah zwei Kriterien vor, nämlich zum einen eine Obergrenze für die Produktionsmenge pro Betrieb, also für die Betriebsgröße, z. B. 300.000 kg Milch, 250 t Schweinefleisch und 3.000 Ferkel, zum anderen eine Vorgabe, bezogen auf die je Hektar erzeugte Menge, also eine Flächenbindung wie z. B. 15.000 kg Milch, 5 t Schweinefleisch oder 150 Ferkel.⁵ Entscheidend war dabei, dass eine Überschreitung der genannten Grenzen einen Ausschluss von bestimmten Fördermaßnahmen wie z. B. Gasölverbilligung zur Folge haben sollte.

Der Wissenschaftliche Beirat hat diesen Vorschlag massiv kritisiert.⁶ Er befürchtete für die deutschen Landwirte negative Folgen, etwa:

- eine Beschneidung von Einkommens- und Entwicklungschancen effizient wirtschaftender und unternehmerisch orientierter Landwirtschaftsfamilien durch eine Begrenzung ihrer Produktionskapazitäten, die zu keinerlei erkennbaren Vorteilen für die übrigen Betriebe führt,
- mögliche Spannungen innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch Heraushebung und Privilegierung einer Gruppe von Landwirten, ohne dass diese die ihnen pauschal zugeschriebenen besonderen Leistungen individuell nachzuweisen brauchen,
- die Beeinträchtigung der Position der westdeutschen Landwirtschaft im Wettbewerb um Markt- und Einkommensanteile innerhalb der EG bei Durchführung allein im nationalen Rahmen oder

Die Abgrenzung zwischen bäuerlicher und industrialisierter Landwirtschaft war umstritten, da sie FINANZIELLE Auswirkungen hatte.

- durch den Verzicht auf eigentlich notwendige gezielte Regelungen und Maßnahmen zum Schutz von Umwelt, Natur und Kulturlandschaft unerwünschte Wirkungen der Agrarproduktion.

Aus heutiger Sicht lassen sich diese betrieblichen Obergrenzen nicht überzeugend begründen. Schließlich gilt es anzumerken, dass Betriebe unterhalb der vorgesehenen Grenzen nicht generell Vorteile im Bereich Tier- und Umweltschutz aufweisen.

Eine andere Situation ergibt sich im Bereich der Flächenbindung der Tierhaltung. Die je Hektar gehaltene Tierzahl ist maßgeblich für den Düngereintrag. Da über die pflanzliche Produktion nur eine begrenzte Menge des darin enthaltenen Stickstoffs sinnvoll genutzt werden kann, müssen überschüssige Mengen an Stallmist oder Gülle auf Flächen außerhalb des Betriebes ausgebracht werden. Dies kann zwar ordnungsgemäß erfolgen, dazu muss aber die Einhaltung in der Praxis auch sichergestellt werden. Außerdem erscheint es durchaus nachvollziehbar, dass der Viehbesatz nicht beliebig hoch angesetzt werden kann, da eine lokale Belastung der Bevölkerung in Grenzen zu halten ist. Als Negativbeispiel für einen zu hohen Viehbesatz können die Niederlande genannt werden, ein Land, das die Vorstellungen des Mansholt-Planes am konsequentesten umgesetzt hat. Die extrem hohen Viehbesatzzahlen führten zur Einrichtung sogenannter gülfreier Gebiete, d. h., dass bestimmte Gebiete von möglichen Belastungen freigehalten wurden. Ein weiterer Eingriff seitens des Staates bestand darin, die Zahl der Schweineplätze zu verringern und im Gegenzug eine „Schweinequote“ einzuführen. Demzufolge muss heute ein Betrieb, der die Schweinehaltung ausweiten möchte, einem anderen Betrieb die Quote abkaufen (ca. 500 € pro Zuchtsau). Dennoch liegt der Gülleanfall immer noch deutlich über der Menge, die im Inland absetzbar ist. Knapp zwei Mio. m³ Gülle

werden exportiert, naheliegenderweise in das benachbarte Deutschland. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben aber selbst genug Gülle und beklagen durch den Gülleimport in einigen Regionen eine übermäßige Grundwasserbelastung mit Nitrat. Unter dem Vorwand, mit der importierten Gülle keine Krankheitskeime zu importieren, wurde eine Drucksterilisierung (130 Grad Celsius über 20 Minuten) verlangt. Die EU untersagte jedoch diese Verpflichtung, so dass nun wieder Gülle ohne Behandlung nach Deutschland geliefert werden kann. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bemühen sich um ein Gülleabkommen mit den Niederlanden, zur besseren Mengenkontrolle. Wegen der anstehenden Wahlen wird das Abkommen im Jahre 2012 aber nicht mehr zustande kommen.

Als Fazit bleibt: Unabhängig davon, wie der Begriff bäuerliche Landwirtschaft definiert wird, eine Flächenbindung der Tierhaltung erscheint durchaus angebracht. Die 1987 vorgeschlagene Definition wurde allerdings nicht umgesetzt. Nicht zuletzt nach der Wiedervereinigung Deutschlands erschien das Thema Betriebsgröße in einem ganz anderen Licht. Ungeachtet dessen wird heute speziell in den viehdichten Regionen die Frage nach einer Obergrenze für den regionalen Viehbesatz intensiv diskutiert. Zudem erscheint die gegenwärtige Düngeverordnung in Deutschland zu großzügig ausgelegt bzw. zu wenig streng überwacht zu werden, was dazu führt, dass Investoren aus den Niederlanden und aus Dänemark verstärkt in Deutschland Tierbestände aufbauen.

Es bleibt die Frage zu klären, ob der Begriff „bäuerliche Landwirtschaft“ weiterhin als Worthülse Verwendung findet oder als Marke definiert wird.

Bäuerliche Landwirtschaft könnte man mittels Betonung auf Umwelt- und Tierschutz zu einer MARKE aufbauen.

Bäuerliche Landwirtschaft könnte heute definiert werden als eine Landwirtschaft, welche in einem besonderen Maße die Ziele des Umweltschutzes und des Tierschutzes sowie soziale Belange berücksichtigt. In Verbindung mit der Herkunft Bayern könnte daraus tatsächlich eine Marke entstehen.

Die Agrarreformen seit 1992

Die bereits in den 70er-Jahren mehr und mehr zu Tage tretenden Probleme der Preisstützungspolitik schienen trotz vielfältiger Bemühungen nicht mehr bewältigt werden zu können. Es gab drei gravierende Probleme:

- steigende Marktordnungskosten für Lagerhaltung und Exporterstattung,
- Konflikte mit den Handelspartnern durch subventionierte Exporte und
- unbefriedigende Einkommensentwicklung bei der einheimischen Landwirtschaft.

Der sich über viele Jahre hinweg ziehende Diskussionsprozess bereitete schließlich den Boden für eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik. Es reifte die Erkenntnis, dass der staatlich gestützte Produktpreis nicht zugleich die landwirtschaftlichen Einkommen sichern und die Märkte im Gleichgewicht halten kann. So erfolgte 1992 eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik mit dem Ziel, die Steuerung



Bildnachweis: iStockphoto / Thinkstock

Holländische und dänische Kühe auf deutschen Weiden? Die großzügige Düngeverordnung hierzulande macht es möglich, dass z. B. die Niederlande die Flächenbindung ihrer Tierhaltung mit einer Auslagerung nach Deutschland umgehen, zum Nachteil der dortigen Landwirtschaft.

von Angebot und Nachfrage über den Preis erfolgen zu lassen sowie zur Sicherung des Einkommens Direktzahlungen vorzunehmen. Die Einführung von Direktzahlungen wurde seitens der Landwirtschaft massiv kritisiert. Es wurde eine Abhängigkeit vom Staatshaushalt befürchtet und das Gefühl, Almosenempfänger zu werden, entstand. Im Prinzip waren die Befürchtungen nicht unbegründet, denn letztlich müssen die staatlichen Zahlungen ebenso legitimiert werden. Die 1992 angeführte Begründung bezog sich auf die teilweise erfolgte Kompensation der preissen-

kungsbedingten Einkommensverluste. Da Preissenkungen nur bei den bisher preisgestützten Produkten gegeben waren, gab es Direktzahlungen nur produktgebunden. Als Bezugsgröße diente aber nicht die Erzeugungsmenge, sondern die Anbaufläche. Demzufolge wurden z. B. die ertragsschwachen Standorte bei Getreide durch die Hektarprämie begünstigt, während die ertragsstarken Standorte deutliche Einkommenseinbußen hinnehmen mussten.

Eine konsequente Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik erfolgte mit der Agenda 2000. Die Direktzahlungen

wurden von der Produktion entkoppelt, d. h. die Landwirte bekamen die Prämien unabhängig von der Produktion, im Extremfall auch für Bracheflächen. Voraussetzung war lediglich die Einhaltung von Bewirtschaftungsregeln, den sogenannten Cross Compliance-Vorschriften. Des Weiteren erfolgte in Deutschland eine Überführung aller Direktzahlungen auf eine regional einheitliche Flächenprämie (einschließlich Grünland) bei einem gleichzeitigen Abbau der erhöhten Zahlungen für Tierhaltungsbetriebe. Im Laufe der Zeit stellte sich die Frage nach der Begründung der Direktzahlungen. Nicht zuletzt aufgrund der extremen Streuung der Betriebsgröße wurde die Sinnhaftigkeit der Flächenprämie diskutiert. In der Tat ist es nicht unmittelbar nachvollziehbar, warum der Faktor Fläche als Bezugsgröße dient. Als Korrektur wurde von der EU-Kommission eine betriebliche Förderobergrenze vorgeschlagen, die sich aber 2003 politisch nicht durchsetzen ließ.

Im Jahr 2007 war auf dem Weltmarkt ein massiver Anstieg der Agrarpreise zu beobachten, welcher erneut die Frage nach der Legitimation der Direktzahlungen aufwarf. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurden seitens der Landwirtschaft der Ausgleich für die Preissenkungen, die Abgeltung der Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft sowie der Ausgleich der erhöhten Auflagen gegenüber den Ländern außerhalb der EU als Begründung angeführt.

Die Diskussion um die zukünftige Gestaltung der EU-Agrarpolitik stellt sich aktuell durch den Beginn einer neuen Rechnungsperiode ab 2013. In den derzeit diskutierten Legislativvorschlägen der EU-Kommission zur Ausgestaltung der Direktzahlungen sind u. a. folgende Punkte enthalten:

- Obergrenze der Direktzahlungen 300.000 € sowie
- „Greening“, also die Bindung der Zahlungen an ökologische Standards (Anbaudiversifizierung: mindestens drei Kulturen, Umbruchverbot für Dauergrünland, 7 % ökologische Vorrangfläche).

Insbesondere die Forderung nach 7 % ökologischer Vorrangfläche stößt auf massive Kritik, zumal die Pachtpreise in einigen Regionen schon erheblich angestiegen sind. Insofern ist diese Kritik auf den ersten Blick nachvollziehbar. Die Weiterführung der Direktzahlungen ohne gleichzeitige Erfüllung von Voraussetzungen lässt sich aber nur schwer begründen. Dies sieht auch der Wissenschaftliche Beirat so, der sich 2010 in einer Stellungnahme zur GAP 2013+ sinngemäß so geäußert hat:⁷

- Die GAP-Reform der letzten 20 Jahre ist durchaus positiv.
- Die Marktwirtschaft braucht Leitplanken.
- Preisausgleichszahlungen sind heute schwer begründbar und
- als pauschales Entgelt für öffentliche Güter nicht vermittelbar.
- Daher sollte schrittweise eine Reduzierung der Direktzahlungen,
- aber keine deshalb gegen Obergrenze und keine gegen Verknüpfung mit der Vorrangfläche erfolgen.

Mit der Agenda 2000 erfolgten die Direktzahlungen UNABHÄNGIG von der Produktion.

Langfristig gibt es für die Ausrichtung der Landwirtschaft zwei Szenarien:⁸

„Farming“ – eine Landwirtschaft, welche in erster Linie produktionsorientiert ist und entsprechend den Gesetzen wirtschaftet. Direktzahlungen wird es für diese Betriebe langfristig nicht geben. Und „Agrikultur“ – eine Landwirtschaft, welche unter besonderer Berücksichtigung gesellschaftlicher Forderungen wirtschaftet, die also von der Gesellschaft erwünschte Gemeinwohlleistungen erbringt. Betriebe dieser Ausrichtung wirtschaften multifunktional, es könnte hierfür auch der Begriff „bäuerlich“ verwendet werden.

Fazit

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Ideen von Hans Eisenmann auch heute noch als wegweisend bezeichnet werden können. Die EU-Agrarpolitik wird nicht umhin können, eine grundlegende Neuausrichtung vorzunehmen, um den extrem unterschiedlichen Verhältnissen und Aufgaben gerecht zu

Die EU-Agrarpolitik muss eine grundlegende NEUAUSRICHTUNG vornehmen.

werden. Eine große Herausforderung besteht in der Umgestaltung der Direktzahlungen, insbesondere im Hinblick auf die Honorierung von Gemeinwohlleistungen, die von der Landwirtschaft in einem von Betrieb zu Betrieb unterschiedlichen Maße erbracht werden. Eine weitere Aufgabe besteht in der Festlegung einer Flächenbindung der Viehhaltung und einer regionalen Viehbestandsobergrenze. Dabei ist es hilfreich, sich der Überlegungen Hans Eisenmanns zu bedienen. Schließlich bleibt

die Frage zu beantworten, ob der Begriff „bäuerlich“ eine Worthülse bleiben oder ein werthaltiger Begriff, um nicht zu sagen eine Marke, werden soll. ///



/// PROF. DR. DR. H.C. ALOIS HEISSENHUBER

ist Ordinarius am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues der TU München-Weihenstephan. Bis 2012 war er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Anmerkungen

¹ Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Der Bayerische Weg. Moderne Agrarpolitik. Jedem eine Chance., München 1971.

² Hans Eisenmann im Bayerischen Landtag am 28. April 1970, zit. in: Hans Eisenmann - Ein Leben für seine bayrische Heimat – Dokumente bayrischer Agrarpolitik 1969-1987, hrsg. von Alfred Schuh und Otto Bauer, Pfaffenhofen 1988.

³ Hans Eisenmann auf dem Hochschultag Weihenstephan, 1970, zit. in: Hans Eisenmann - Ein Leben für seine bayrische Heimat – Dokumente bayrischer Agrarpolitik 1969-1987, hrsg. von Alfred Schuh und Otto Bauer, Pfaffenhofen 1988.

⁴ Rintelen, Paul: Berglandwirtschaft im Alpenraum der Europäischen Gemeinschaften – Grundlagen und Anregungen für eine Entwicklungspolitik, in: Hausmitteilungen über Landwirtschaft, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, o. O. 1973.

⁵ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Stellungnahme zu Gesetzentwürfen zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Hamburg 1988, Bd. 66, S. 37-42.

⁶ Ebd.

⁷ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: EU-Agrarpolitik nach 2013 – Plädoyer

für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume, Berichte über Landwirtschaft, 2010, Bd. 88, H. 2, S.173-202.

⁸ Fischler, Franz: Land nutzen – Regionen gestalten: Agrikultur im Europa von morgen, Fachvortrag im Rahmen der IFLS-Fachtagung, Frankfurt 2007, http://www.ifls.de/download/Fischler_Vortrag_Agi-Kultur.pdf, Stand: 12.1.2009.

Weitere Literatur

Wissenschaftlicher Beirat beim BML: Stellungnahme zum „Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, in: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Hamburg 1970, Bd. 47, H. 3 und 4, S. 403-410.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Analyse der EWG-Agrarmarktpolitik und Vorschläge zu ihrer künftigen Gestaltung, in: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Hamburg 1975, Bd.53, Heft 1 und 2, S. 27-41.

/// 25 Jahre nach seinem Tod

HANS EISENMANN – SEINER ZEIT VORAUSS UND VON MANCHEN UNVERSTANDEN

HOLGER MAGEL /// Nachfolgend soll versucht werden, aus der Sicht eines engen Mitarbeiters und als Zeitzeuge¹ Eisenmanns Auftrag und Ziele zur Entwicklung bayerischer Dörfer und Landschaften mit der heutigen Brille zu sehen und zu bewerten. Sagen uns hier in Bayern oder gar außerhalb der weiß-blauen Grenzen seine Ideale, Werte und Visionen noch etwas?

Wie sein bayerischer Weg z. B. im Norden Deutschlands eingeschätzt wurde, zeigt folgendes Erlebnis: Als ich 1992 als EU-Berater für ländliche Entwicklung in den neuen Bundesländern beim legendären brandenburgischen Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann meinen Antrittsbesuch machte, hat er Folgendes gesagt: „Lieber Herr Magel, Sie sind hier bei den Preußen herzlich willkommen. Sie dürfen meinen Leuten alles über Dorferneuerung, Flurbereinigung und ländliche Entwicklung sagen, aber bitte kein Wort über bayerische Agrarpolitik. Von der halten wir nämlich gar nichts“.

Das saß – und das passierte mir nicht zum ersten Mal, sondern mehrfach, leider auch immer wieder seitens westlicher Kollegen insbesondere aus dem hohen Norden.

Jahre noch nach Eisenmanns Tod wurde ich also sowohl in den alten wie neuen Bundesländern als dessen Jünger und Anhänger einer verstaubten oder naiven Agrarpolitik-Philosophie angesehen. Es war offensichtlich aussichtslos, diesen Kritikern klarzumachen, dass Agrarpolitik und vor allem Eisenmanns Vision von 1970 und nachfolgend mehr war als reine Landwirtschaftsförderung. Sie schloss von Anfang an auch die Förderung des Lebensraumes der Landwirte, die Stärkung des ländlichen Raumes in möglichst stabiler Vielfalt von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern, aber auch mit neuen Arbeitsplätzen im außerlandwirtschaftlichen Bereich ein. In seiner Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft vor dem Bayerischen Landtag am 28. April 1970 sagte



Eisenmann wörtlich: „Ich sehe es als Aufgabe der Agrarpolitik an, das Leben auf dem Lande lebenswert zu gestalten und den ländlichen Raum als Kulturlandschaft zu erhalten. ... Auf dem Lande, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten, sind weitere außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu schaffen. ...“² Mit Fug und Recht kann man deshalb sagen, dass Eisenmanns Agrarpolitik zutiefst und von vornherein Gesellschaftspolitik war. Warum wollten die harschen Kritiker von Bayern das nicht sehen? Die Folgen einer rein auf Landwirtschaft bezogenen Politik hatten sie nun doch in Form leerlaufender ländlicher Räume in Ostdeutschland erlebt, in denen es zwar einigen wenigen Großbetrieben gut gehen mag, aber es sonst wenig Zukunftsperspektiven gibt. Nun ist es unendlich schwer und fast zu spät, strukturelle Ankerpunkte für eine Neubelebung dieser Regionen zu finden. Im September 2012 habe ich als Regierungsberater dem kambodschanischen Kabinett einen Vorschlag unterbreitet für eine integrierte ländliche Entwicklung, in der es eben nicht nur um Stärkung der Landwirt-

Eisenmanns Agrarpolitik war zugleich auch GESELLSCHAFTSPOLITIK.

schaft, sondern vor allem auch um außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze, um den Aufbau von kleinen und mittelständischen Unternehmen und um die Stärkung vitaler zentraler Orte unterschiedlicher Größen geht.

Eisenmann hatte diese Sicht. Die EU und die Bauernverbände brauchten sehr lange, zu verstehen bzw. öffentlich eingestehen, dass ländliche Räume mehr

Auch in Bayern gingen zu viele landwirtschaftliche Böden für gewerbliche Nutzflächen VERLOREN.

sind als Landwirtschaft. Leider wurde auch Eisenmanns Idee torpediert, mit Hilfe von Agrarleitplänen wertvollste landwirtschaftliche Böden zu schützen. Denn das derzeit im Zusammenhang mit den boden- und landschaftsausbeutenden, Monostrukturen begünstigenden und die bäuerlichen Kleinstrukturen zerstörende Foreign Direct Investment (FDI) wird zu einer Katastrophe. Das hat die Geschichte im eigenen Lande und im Ausland, zumindest in Afrika und Asien, leidvoll gezeigt. Wie viele landwirtschaftliche Böden sind inzwischen auch in Bayern trotz des Raumordnungsgesetzes und Baugesetzbuches für andere Nutzungen verloren gegangen, die sehr leicht an anderer, landwirtschaftlich weniger wertvoller Stelle auch möglich gewesen wären.

Was wirkt nach?

1. Eisenmann hat immer wieder betont, dass der ländliche Raum einen kulturellen und einen gesamtheitlichen, nicht nur bäuerlichen Lebensraum darstellt und als solcher auch von der Politik gestärkt werden muss. Hier kam ihm zweifellos seine langjährige kommunal- und landespolitische Erfahrung zu Gute. Seine visionäre Idee war es auch, dass er wusste, dass der Gegensatz zwischen privatem ökonomischen Streben der Landwirte und den gemeinwohlorientierten ökologischen und sozialen

Zielen nur mit viel Verständnis und vor allem mit Geld (auf)zulösen ist. Die Einführung von Bewirtschaftungszuschüssen war der richtige spektakuläre Schritt und, wie jeder weiß, auch das Vorbild für die nachfolgende europäische Politik.

2. Was weiter bleibt – auch wenn leider immer noch nicht in dem Maße realisiert, wie es wünschenswert wäre –, ist die seinerzeit wirklich sensationelle oder, richtigerweise ausgedrückt, souveräne Idee, ausgerechnet die damals noch wegen ihrer Landschaftsschäden viel gescholtene Flurbereinigung mit ihren überlegenen Bodenordnungsinstrumenten, die viele Gegner zum Teil aus ideologischen Gründen nicht anerkennen wollten, für die Erhaltung der Kulturlandschaft einzusetzen. Dafür sollte bis zu 100 % Bezuschussung angeboten werden – für die Erhaltung der Kulturlandschaft, die eben nicht nur Landwirtschaft und agrarische oder forstliche Landnutzung einschloss, sondern auch die überkommenen Dorf- und Landschaftsbilder.

Prof. Wolfgang Haber war einer der ganz wenigen aus dem Lager der ökologischen Experten und Wissenschaftler, der sofort gegen den Mainstream schwamm und für den Einsatz der Flurbereinigung plädierte. Nachzulesen in seinen vielen Aufsätzen über die differenzierte Landnutzung³ oder auch in den Veröffentlichungen des Sachverständigenrates für Landespflege, dessen Vorsitzender er war. Hubert Weinzierl, der Chef vom Bund Naturschutz, der sich mit Hans Eisenmann ja auch sehr gut verstand, bekannte sich zur Flurbereinigung erst nach der Einführung der gesamtheitlichen dreistufigen Landschaftsplanung der Flurbereinigung in den 80er-Jahren. Mit der ein Jahr nach

Eisenmanns Tod und in seinem Sinne liegenden ökologischen Flurbereinigung Höhenberg⁴ auf Grundlage des Konzepts der differenzierten Landnutzung von Haber sollte endlich die Versöhnung mit Weinzierl und zwar direkt vor seiner Haustür in Wiesenfelden erfolgen. Leider wurde auch dieses ambitionierte Vorhaben von Verbandsseite torpediert. Erst viel später, als endlich auch die EU hier nachzog, wurde klar, dass diese aus Eisenmanns Politik hervorgegangene Vision, die eine verlässliche Bezahlung der Landwirte für akzeptierte Nutzungseinschränkungen vorsah, der geistige Vorläufer für die nachfolgenden EU-Umweltprogramme gewesen war.

Eisenmann wollte die Flurbereinigung auch zur Erhaltung der KULTURLANDSCHAFT einsetzen.

Warum war Eisenmanns Vorschlag von 1970 zum Einsatz der Flurbereinigung bereits ein Jahr nach Übernahme des Amtes als bayerischer Landwirtschaftsminister so sensationell bzw. so souverän? Weil er bis dato als Landrat von Pfaffenhofen kein Freund der Flurbereinigung war und deshalb auch konsequent kein Verfahren in seinem Landkreis zuließ. Er wollte den damals rauen Umgang der Flurbereinigung mit Menschen und Landschaften nicht mittragen.

3. Folgerichtig traf er 1980 eine weitere historische Entscheidung: Keine Flurbereinigung mehr gegen den Willen der Grundeigentümer, obwohl das Gesetz eine andere, bis dato exerzierte Vorgehensweise erlaubte. Die Flurbereinigungsdirektion entschied, ob eine Flurbereinigung notwendig war oder nicht, ob sie im „wohlverstandenen Interesse“

In das Konzept der Flurbereinigung war auch die Erhaltung und Erneuerung der bayerischen Kultur- und Dorflandschaften einbezogen.



Quelle: Silke Franke

der Grundeigentümer lag oder nicht. Warum war das historisch? Weil diese Entscheidung den Boden dafür bereitet hat, zuerst in der Dorferneuerung und nachfolgend via neu geschaffener dreistufiger Landschaftsplanung auch in Flurbereinigungsverfahren einen partizipativen und seinerzeit für die gesamte Bayerische Staatsverwaltung sensationellen Weg der Bürgernähe zu gehen. Dieser neue Weg bereitete nachfolgend überhaupt keine Probleme mehr bei der Einleitung von Flurbereinigungsverfahren, während es zuvor noch vielfach regelrechte „Anordnungsschlachten“ gab, vor allem in Franken.

In Altbayern war das Vorgehen ohnehin schon ganz anders und liberaler. Hier wurde die Flurbereinigung nur gemacht, wenn die Leute das auch selbst wollten. Eisenmann war auch ein liberaler Altbayer und bevorzugte deshalb die partizipative Linie. Die fränkischen Flurbereiniger sahen dagegen nach seiner Entscheidung die Flurbereinigungswelt untergehen – und was passierte? Sie drehte sich auch in Franken munter fort, vor allem nun wunderbar angetrieben von der von Eisenmann besonders geliebten und stark geförderten Dorferneuerung.

Eisenmanns Konzept war der geistige Vorläufer der späteren EU-UMWELTPROGRAMME.

4. Eisenmanns Vermächtnis ist auch die Dorferneuerung. Unter seiner politischen Verantwortung fasste der Bayerische Landtag am 19. Mai 1981 – stark unterstützt von Weggefährten wie z. B. Alois Glück, Herbert Hofmann und Gustl Lang – den spektakulären

Ab 1980 gab es in Bayern keine Flurbereinigung mehr gegen den Willen der GRUNDEIGENTÜMER.

Beschluss zur Aufstellung eines eigenen Bayerischen Dorferneuerungsprogramms als landespolitische Aufgabe der Agrarpolitik.⁵ Die Zuordnung an sein Haus und an die hierfür kompetente Flurbereinigungsverwaltung – von der Obersten Baubehörde jahrelang heftig bekämpft – war seinem hohen Ansehen im Parlament und der engen Partnerschaft mit den führenden Abgeordneten im Landtag zu verdanken.

Sollte die Dorferneuerung nur ein Instrument in den kleinstrukturierten und noch wenig entwickelten Haufendörfern Frankens sein? Nein. Eisenmann war weitsichtig und bat die Flurbereinigungsverwaltung um Strategien, um die Dorferneuerung auch in Altbayern und in Schwaben zu forcieren. Er wusste, dass er nur so die Unterstützung aller Abgeordneten im Bayerischen Landtag erhalten konnte.

Dorferneuerungsverfahren wurden also auch südlich der Donau, z. B. massiv im Vorfeld Nationalpark Bayerischer Wald, im Günzburger Landkreis, in bedeutenden ehemaligen Klosterorten wie z. B. Rott am Inn, Polling, Reisbach oder auch in Immünster in der eigenen Heimat eingeleitet. Immer war dabei seine fachliche Vorgabe: „Das bewährte Alte erhalten, das gute Neue schaffen.“ Es war und ist eine bis heute geltende Leitlinie. Es ist bezeichnend, dass einer seiner letzten großen Auftritte die Tagung

1981 machte der Bayerische Landtag das Bayerische DORFERNEUERUNGSPROGRAMM zur landespolitischen Aufgabe.

der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum zum Thema „Dorferneuerung und Landwirtschaft“ in Freising war. Eisenmann wollte den bäuerlichen Skeptikern zeigen, dass gerade die vom Verband stark bekämpfte Dorferneuerung den Landwirten besonders viel helfen konnte, indem sie neben den bodenordnerischen sowie agrar- und infrastrukturellen Verbesserungen das gesamte Lebensumfeld der bäuerlichen Familien und ihrer Kinder attraktiver gestalten half. Er hatte ein besonderes Faible für ländliches Bau- und Siedlungswesen und für Landtechnikfragen. Auch das Verhältnis zur Bayerischen Architektenkammer oder zum Landesverein für Heimatpflege war ihm besonders wichtig. „Das bewährte Alte erhalten, das gute Neue schaffen“ konnte aber nur im Konzert mit vielen weiteren „Gutgesinnten“ gelingen. Es herrschte damals eine große gemeinsame Aufbruchsstimmung, von der heute noch die Dorferneuerung in ihrer Popularität zehrt.

Was bleibt von Eisenmanns Auftrag, die bayerischen Dörfer und Landschaften pfleglich zu bewahren und weiterzuentwickeln? Wir sollten seine Ideale und Werte in Zeiten einer zu freiheitlich gewordenen Bauordnung und Baugenehmigungspraxis, aber auch einer zu liberalen Landesplanung wieder hochhal-

ten. Der Trend zur Verunstaltung unserer Kulturlandschaften muss gestoppt werden, v. a. vor dem Hintergrund der mit der Energiewende einhergehenden Entwicklungen unserer Landschaft. Wir brauchen im Sinne Eisenmanns wieder Architekten und Landschaftsplaner, die kreativ und sensibel diese gestaltende Herausforderung annehmen und für Qualität und nicht für resigniertes Wegschauen sorgen. Dafür aber müssen sie rechtzeitig auf den Hochschulen vorbereitet werden. Es scheint, dass derzeit leider die reinen Stadtplaner und (Hoch)Hausarchitekten das Sagen haben.

„Das bewährte Alte erhalten, das gute Neue schaffen“ war Eisenmanns LEITLINIE.

5. Ein Letztes, weil ich hierfür besonders dankbar bin und davon noch heute zehre: Eisenmann hatte einen hohen Sinn für Philosophie, Ästhetik, ganzheitliches Denken und klare Werte. Vielfach angemerkt, so auch hier: Es ist eine fast schicksalhaft anmutende Selbsterfüllung, dass Eisenmanns letzte Rede am heiligsten Ort Bayerns, auf der Fraueninsel im Chiemsee, von den philosophischen Grundlagen seiner Agrarpolitik handelte.⁶

Eisenmanns Wertekoordinaten waren der Grund, warum ich und viele Mitarbeiter ihn so verehren und als Vorbild sehen konnten und noblen Chef. Eisenmann hatte auch die Gabe, seine Mitarbeiter in ihrer Kreativität stets zu fördern und losmarschieren zu lassen und sie dann auch zu decken, wenn diese neuen Ideen angegriffen wurden.

Zu früh gegangen

Eisenmann ist viel zu früh gestorben, noch vor dem regulären Pensionsalter von 65. Aber vielleicht war es auch symbolisch, dass genau in seinem Todesjahr sein großes Vermächtnis an Europa, an diesen an Vielfalt und Geschichte besonders reichen Kontinent, nämlich seine Kulturlandschaften zu fördern, endlich Gestalt annahm. Mit dem Zugeständnis, zusätzliche Ausgleichszahlungen für umweltschonende Landbewirtschaftung in besonders sensiblen Gebieten zu fördern, öffnete sich die EU endlich und immer noch viel zu zaghaft seiner Idee und gab dafür Anlass, dass im Jahr darauf, 1988, das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm Realität wurde. Auch die Europäische Landschaftskonvention (ELC) hat in Eisenmann im Grunde einen ihrer frühen geistigen Väter. Und noch eines: Auch exakt ein Jahr später, also 1988, haben sich die Europäische Kommission und der Europarat – 18 Jahre nach Eisenmanns Einbringungsrede im Landtag – der Idee der Förderung des gesamten ländlichen Raumes geöffnet (Stichwort: Europaratskampagne Ländlicher Raum

Eisenmann war zu 100 % LOYAL gegenüber seinen Mitarbeitern.

und das legendäre Papier der EU „Die Zukunft des ländlichen Raumes“).⁷ Bekanntlich war dies nachfolgend (ab 1990) der Start zu der Vielzahl von europäischen Strukturfonds. Eisenmann

hätte sich bestätigt gesehen. Seine Saat war aufgegangen, ohne dass dies seine Kritiker vom Norden offen zugegeben hätten, obwohl sie ja nun auch davon profitierten.

Was würde er uns heute ans Herz legen?

Analysiert man Eisenmanns Politik und vergleicht sie mit der heutigen Situation, ist man versucht, in seinem Sinne folgende Fragen an die heute Handelnden zu richten, aus denen Antworten und Strategien zu entwickeln wären.

1. Angesicht der ungebremsten Entwicklung der Landwirtschaft zu Großstrukturen und dem bayerischen Versuch, etwas Eigenständiges entgegenzusetzen, stellt sich die Frage: Haben wir denn eine klare und vermittelbare Vorstellung darüber, was bäuerliche Landwirtschaft wirklich sein soll, oder ist der Begriff auf dem besten Wege zur reinen Worthülse zu verkommen, wie es inzwischen dem Begriff Nachhaltigkeit ergangen ist? Eisenmann würde wohl Kriterien einfordern, die aber dann auch einzuhalten und zu honorieren wären.

2. Ist die Formel „Agrarpolitik = Gesellschaftspolitik“ heute noch glaubhaft in den Dörfern und auf dem Lande vermittelbar und erst recht in der Großstadt angesichts schwindender bäuerlicher Betriebe, zunehmender Land- und Umweltkonflikte, massiver Landschaftsveränderungen etc.? Kann angesichts einer unübersehbaren Ökonomisierung der Landwirtschaft noch ein ganzheitlicher Gesellschaftsauftrag erfüllt werden? Andererseits: Müssen nicht auch noch viel mehr Dialog und Kommunikation praktiziert werden, damit sich Landwirte nicht als ständig angegriffen und gesellschaftlich ausgestoßen empfinden?

3. Welche Wertegrundlagen kann eine Agrarpolitik angesichts unübersehbarer Auseinanderentwicklungen innerhalb der Landwirte und damit drohender Endsolidarisierung noch haben? Gilt Eisenmanns Wertefundament noch, nämlich der Dreiklang „Personalität“, „Subsidiarität“ und vor allem „Solidarität“?

4. Wie sehr gilt angesichts der Veränderungen in den Kubatoren von Landwirtschaftsbetrieben sowie gewerblichen (Groß)Unternehmen noch Eisenmanns Devise „Das bewährte Alte erhalten, das gute Neue schaffen“? Wer übernimmt hier auf Landesebene endlich wieder politisch-geistige Führung über Fragen der Ästhetik, an der sich auch die lokale Entscheidungsebene orientieren kann?

5. Ist das von der EU derzeit angeordnete sogenannte „Greening“ wirklich die Fortführung der gesamtheitlichen Idee zur Erhaltung der Kulturlandschaft im Eisenmannschen Sinne? Schwingt

Welche WERTE gelten heutzutage für die Agrarpolitik?

bei Agrarkommissar Ciolos Ideen auch das Bekenntnis zur Erhaltung der Vielfalt und Identität einer von Menschen bearbeitenden und besiedelten Landschaft und ihrer Dörfer durch? Oder geht es wieder einmal nur um ökonomische und Entschädigungsfragen, die überdies auch noch wegen des „Landverlusts“ von bayerischen Bauern bekämpft wird?

Angesichts mancher bedrohlicher, zu liberaler Entwicklungstendenzen in Staat und Gesellschaft und vor allem angesichts der Gefährdungen in der gleichwertigen oder zumindest ausge-

Sowohl der Staat als auch die Gesellschaft sollten sich der Erhaltung der bayerischen KULTURLANDSCHAFTEN annehmen.

wogenen Entwicklung von Stadt und Land wären Eisenmanns Ideen und Visionen wohl am Besten in dem von Alois Glück entwickelten Konzept einer „Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Kommunen, Wirtschaft und Bürgern“ auf Basis einer aktiven Bürgergesellschaft wiederzubeleben.⁸

Diese Neue Verantwortungsgemeinschaft sollte sich ganz bewusst der Erhaltung und behutsamen Fortentwicklung unserer einmaligen bayerischen Kulturlandschaften annehmen mit ihrer Vielfalt von (noch) bäuerlichen und sonstigen Landwirtschaftsbetrieben, von dörflichen und städtischen Siedlungen und freien Landschaften. Nur dann kann Bayern die ob seiner baulichen und landschaftlichen Schönheiten im In- und Ausland viel gepriesene Heimat mit hoher Lebensqualität bleiben. ///



/// PROF. DR. HOLGER MAGEL

ist Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e. V. und Professor (em.) am Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München.

Anmerkungen

¹ Mitarbeiter für mehr als 9 ½ Jahre und seit 1971 im Dienste der Flurbereinigung mit Eisenmann als oberstem Chef.

² Eisenmann, Hans: Einbringung des Entwurfs für ein Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft vor dem Bayerischen Landtag am 28.4.1970, in: Hans Eisenmann. Ein Leben für seine bayerische Heimat, hrsg. von Alfred Schuh und Otto Bauer, Pfaffenhofen 1988, S. 36-43.

³ Z. B. Haber, Wolfgang: Grundzüge einer ökologischen Theorie der Landnutzungsplanung, in: Innere Kolonisation 11/1972, S. 294-298.

⁴ Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Flurplanung Höhenberg, Materialien zur Ländlichen Neuordnung, Heft 25, München 1991.

⁵ Bayerischer Landtag: Beschluss vom 19.5.1981, Drucksache 9/ 8636.

⁶ Eisenmann, Hans: Die philosophische Grundlage des „Bayerischen Wegs“. Rede auf der Begegnungstagung für die Mitarbeiterinnen der Ernährungs- und Hauswirtschaftsberatung am 3. August 1987 auf der Fraueninsel, in: Hans Eisenmann. Ein Leben für seine bayerische Heimat, hrsg. von Alfred Schuh und Otto Bauer, Pfaffenhofen 1988, S. 303-311.

⁷ EG-Kommission: Die Zukunft des ländlichen Raumes, Mitteilungen der Kommission am 29.7.1988, KOM(88)501 endgültig.

⁸ Glück, Alois / Magel, Holger: Neue Wege in der Kommunalpolitik, München 2000; Glück, Alois: Verantwortung übernehmen, München 2001.

/// Aktuelle Herausforderungen

BAYERISCHE AGRARPOLITIK BLEIBT MODERN

HELMUT BRUNNER /// Der Bayerische Weg in der Agrarpolitik entspringt dem Grundgedanken, dass Agrarpolitik an den Menschen – also den Betroffenen – auszurichten ist, und nicht die Menschen in ein ihnen fremdes agrarpolitisches Leitbild hineingezwängt werden sollten. Der Bayerische Weg begründete die Agrarpolitik als Gesellschaftspolitik. Er war richtig, ist richtig und er bleibt richtig.

Dr. Hans Eisenmann und der Bayerische Weg sind fest miteinander verbunden. Sie haben ein Stück bayerische Agrargeschichte geprägt. Eisenmann und seine Mitarbeiter konzipierten den Bayerischen Weg als Gegenentwurf zum sozialistischen Mansholt-Plan, der aus den damals 380.000 bayerischen Landwirtschaftsbetrieben 8.000 moderne Unternehmen mit 40.000 sogenannten Produktionseinheiten machen wollte. Die Grundsätze dieser eigenständige zukunftsorientierten Agrarpolitik wurden 1970 im Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft verankert und vom Bayerischen Landtag – das ist für den Bayerischen Weg sehr bedeutsam – einstimmig beschlossen.

Die Ziele des neu geschaffenen Landwirtschaftsfördergesetzes hat Hans Eisenmann wie folgt erläutert: „Ziel der Bayerischen Agrarpolitik ist es, eine bäuerliche Landwirtschaft als tragende

Säule des ländlichen Raumes zu erhalten. Die bäuerliche Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Gebieten sichert Arbeitsplätze, steigert die Wirtschaftskraft und erhält die notwendige Mindestbesiedlungsdichte aufrecht. Die Agrarpolitik darf sich zur Lösung anstehender und zukünftiger Probleme nicht auf die Landwirtschaft beschränken, sondern muss Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne sein.“¹

Das damalige Landwirtschaftsförderungsgesetz war ein parlamentarisches Signal gegen ein als Diktat empfundenes „Wachsen oder Weichen“. Eisenmann wollte eine humane und sozial verträgliche Alternative einer geplanten Industrialisierung der Landwirtschaft entgegenstellen. Er wollte eine Perspektive für die Gestaltung der Lebensverhältnisse auf dem Land und deshalb die Agrarpolitik als Bestandteil in die Gesellschaftspolitik integrieren.



Die bayerische Landwirtschaft findet nicht in Fabrikhallen, sondern mit der Natur unter freiem Himmel statt.

Der Bayerische Weg war nicht rein agrarökonomisch ausgerichtet, sondern berücksichtigte in gleicher Weise agrar-soziale und ökologische Ziele. Er eröffnete allen landwirtschaftlichen Betriebsformen eine Zukunft, sicherte die Multifunktionalität unserer Landwirtschaft, unsere Kulturlandschaft und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. So kam es in Bayern auch nicht zu einem Strukturbruch, sondern der Strukturwandel blieb sozial verträglich.

Agrarpolitik sollte in die GESELLSCHAFTS-POLITIK integriert werden.

Der Bayerische Weg heute in einer globalisierten Welt

Es stellt sich nun die Frage, ob ein Bayerischer Weg in einer globalisierten Welt heute noch möglich ist. Meine Antwort darauf lautet klar und deutlich: Ja.

Viele unserer aktuellen Förderprogramme haben ihre Wurzeln im Wirken von Hans Eisenmann, z. B. die Ausgleichzulage für benachteiligte Gebiete, die Unterstützung der Selbsthilfeeinrichtungen in Land- und Forstwirtschaft, das Bayerische Waldgesetz, die Konzeption und Weiterentwicklung der Instrumente der Ländlichen Entwicklung wie Flurbereinigung und Dorferneuerung.

Der Bayerische Weg ist nicht statisch. Wie jeder Weg muss er auf die Situation und die Herausforderungen der jeweiligen Zeit ausgerichtet werden. Heute, 40 Jahre später, gibt es gravierende Unterschiede zu damals: globaler Wettbewerb und ein im Vergleich zu damals eng vernetzter Weltagrarhandel, eine stark wachsende Weltbevölkerung, überall spürbare Auswirkungen des Klimawandels, die weltweite Abnahme der

Biodiversität, in Deutschland die Energiewende und nicht zuletzt rasante gesellschaftliche Veränderungen, begleitet von der ebenso rasanten Verbreitung neuer Medien sowie einem starken Informations- und Beteiligungswunsch der Bevölkerung.

Agrarpolitik im Dialog

Landwirtschaft und Agrarpolitik müssen heute, viel mehr als früher, in gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge gestellt werden. Wir müssen Landwirtschaft und Agrarpolitik heute den Menschen noch besser als früher erklären. Wesentliche Entscheidungen müssen frühzeitig mit gesellschaftlich relevanten Gruppen vorbereitet werden. Dabei geht es nicht um ein „Reden um des Redens Willen“ oder um das sprichwörtliche „Dampf ablassen“. Es geht vielmehr darum, sich zu verständigen, unrealistische Vorstellungen zu korrigieren, wo möglich Kompromisse auszuloten, gemeinsame Lösungsansätze zu finden, die auch umgesetzt werden können, und die Bevölkerung bei entscheidenden Weichenstellungen mitzunehmen.

Mit der Zukunftskommission Landwirtschaft habe ich den gesellschaftlichen Dialog für die Entwicklung eines Bayernplans erfolgreich umgesetzt; viele haben diese Idee seitdem aufgegriffen. Die erarbeiteten Vorschläge aus dem Bay-

Landwirtschaft und Agrarpolitik müssen der BEVÖLKERUNG besser erklärt werden.

ernplan sind teilweise bereits umgesetzt, andere sind weiterhin Grundlage meiner politischen Arbeit für die bayerische Landwirtschaft der Zukunft. Diesen Dialog haben wir in der Milchpolitik, in Fragen zur artgerechten Tierhaltung, dem Zusammenwirken von Jagd und Forstwirtschaft sowie den Herausforderungen der Energiewende fortgesetzt.²

Der derzeitige Agrarkommissar Dacian Ciolos hat seine Ideen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, unter Europas Bürgerinnen und Bürger ebenfalls im Internet zur Diskussion gestellt und er gründet seine Vorschläge, z. B. ein „Angrünen“ der entkoppelten Direktzahlungen, auf die Rückmeldungen und Ergebnisse dieser Öffentlichkeitsbeteiligung.

Offenheit und Bürgernähe schätzen die Menschen. Daraus kann und sollte die Landwirtschaft und die Agrarpolitik Nutzen ziehen. Laut einer aktuellen Emnid-Umfrage zählt Landwirt zu den drei angesehensten Berufen in Deutschland.³ Auf dieses gute Image unserer Bäuerinnen und Bauern sowie der Landwirtschaft können wir aufbauen. Dabei ergeben sich heute wie damals eine Reihe von zum Teil auch gegenläufigen objektiven Anforderungen und subjektiven Erwartungen an die Land- und Forstwirtschaft. In Bezug auf die bestmögliche Nutzung unserer unvermehrten land- und forstlichen Flächen besteht eine Reihe von Zielkonflikten. Diese müssen zueinander in ein Gleichgewicht gebracht werden, was selbstverständlich nicht immer einfach ist.

Produktion von Nahrungsmitteln

Als ihre ureigenste Aufgabe muss die Landwirtschaft für eine wachsende Weltbevölkerung Nahrungsmittel erzeugen und eine Grundversorgung für

die eigene Bevölkerung sicherstellen. Trotz aller ökonomischer Notwendigkeiten sind dabei die ökologischen und sozialen Belange ausgewogen zu berücksichtigen, sowie die Landschaft und die natürlichen Ressourcen bestmöglich zu schützen und zu erhalten. Nachhaltigkeit steht deshalb ganz oben in unserem Leitbild.

Zur Nachhaltigkeit gehört für mich auch ein sorgsamer Umgang mit unseren Flächen. Als bayerische Antwort auf die Biodiversitätsstrategie des Bundes hat die Staatsregierung eine Bayerische Biodiversitätsstrategie entwickelt, die ohne pauschale zehnprozentige Stilllegung im Wald auskommt. Unsere Philosophie und unser integrativer Ansatz heißt: Schützen durch Nützen!

LANDWIRT zählt zu den drei angesehensten Berufen in Deutschland.

Ich halte auch nichts von einer mutwilligen Stilllegung von 7 % landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen des „Greening“ bei den EU-Direktzahlungen an die Landwirte. Bei zunehmender Flächenknappheit führt dies zu einer Verteuerung der Pacht und zum anderen zu einer Intensivierung auf den übrigen Flächen. Die Stilllegung ist ein Rezept von gestern, das die Probleme von morgen nicht lösen kann.

Um generell den Verbrauch und den Entzug landwirtschaftlicher Flächen zu verringern, setze ich noch stärker auf die Innenentwicklung von Dörfern und Gemeinden und auf intelligentere Lösungen beim naturschutzfachlich vorgeschriebenen Flächenausgleich. Die Staatsregierung hat in diesem Zusammenhang meinen Vorschlag mit weg-

Der Erhalt möglichst vieler wirtschaftlicher Betriebe ist ein Markenzeichen des Bayerischen Weges.



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

weisenden Eckpunkten für eine neue Bayerische Kompensationsverordnung am 27. Juni 2012 beschlossen. Sie kann und wird auch für eine etwaige Bundeskompensationsverordnung richtungswesend sein.

Klimawandel

Kann Bayern einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leisten? Jedes Land und jeder Mensch können hier aktiv werden. Wir begegnen dem fortschreitenden Klimawandel vorausschauend mit vielfältigen Maßnahmen wie

- einem umfangreichen Forschungspaket,
- Maßnahmen zur Erhaltung von Grünland,
- Agrarumweltprogrammen,
- dem Ausbau Erneuerbarer Energien,
- mit der Bergwaldoffensive im Forst (Schutzwaldaufbau) und einem Waldumbau; hier will ich bis 2020 100.000 Hektar gefährdete in klimatolerantere Mischwälder umbauen.

Energiewende

Als weitere, aktuelle Herausforderung gilt es, die Energiewende zu meistern. Sie soll uns auch künftig eine stabile und bezahlbare eigene Energieversorgung sicherstellen. Unser bayerischer Ansatz ist dabei die Dezentralität der Energieversorgung, die uns weitgehend autark macht, mit der wir Leitungsstrassen sparen und die Wertschöpfung in der Region halten. Wir wollen die Energie dort erzeugen, wo sie benötigt wird. Unsere Landwirte, Waldbesitzer und ländlichen Gemeinden sollen von der Energieerzeugung sowie der Rohstoffproduktion für die Industrie angemessen profitieren können. Wir machen aus den Betroffenen Beteiligte. Zudem steigt die Akzeptanz für die Projekte, wenn

die Bürger sich selbst beteiligen können. Erneuerbare Energien sind Landenergien – und damit wird der ländliche Raum zum Schrittmacher für die Metropolregionen bei der Energiewende.

Märkte für Lebensmittel

Auch auf den Märkten für Lebensmittel bieten wir eine bayerische Antwort. In einer globalisierten Welt können wir mit unseren vergleichsweise kleinen Strukturen nicht die Massenmärkte bedienen. Deswegen bin ich auch gegen eine vollständige Liberalisierung der Agrarmärkte. Agrarmärkte brauchen Leitplanken und ein reaktionsstarkes Sicherheitsnetz. Unsere Landwirtschaft findet nicht in Fabrikhallen, sondern mit der Natur unter freiem Himmel statt.

Unsere hohe Qualität und das sehr gute Image der „Marke Bayern“ müssen wir noch besser miteinander verbinden und auch die Wertschöpfung sicherstellen. Mit dem Qualitäts- und Herkunftsprogramm „Geprüfte Qualität Bayern“ schaffen wir für den Verbraucher Sicherheit und Klarheit. Denn der Verbraucher will mehr Auskunft über die Herkunft. Auf unseren 150 Bauernmärkten bekommt man die Informationen im direkten Gespräch und unsere regionalen Spezialitäten bis fast an die Haustür. Unser Motto dabei lautet: Wer weiter denkt, kauft näher ein.

Wir dürfen uns allerdings nicht auf dem Erreichten ausruhen. Aufgrund des

Die Energie soll dort erzeugt werden, wo sie **BENÖTIGT wird.**

starken Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums in Asien, Lateinamerika und auch in Afrika werden die zukünftigen Märkte bereits heute verteilt. Mit innovativen, qualitativ hochwertigen und schmackhaften Produkten müssen und können wir uns von der Masse abheben und unser gutes Image einsetzen. Die von mir gegründete Marketingagentur alp-Bayern (Agentur für Lebensmittel – Produkte aus Bayern) soll unsere bayerischen Spezialitäten noch besser auf regionalen und internationalen Lebensmittelmärkten platzieren. Deshalb bin ich regelmäßig mit Wirtschaftsdelegationen im Ausland, um dort unserer Ernährungswirtschaft die Türen zu öffnen. Den Trumpf der „Marke Bayern“ müssen wir noch stärker ausspielen.

Gesunde Ernährung

Der ganzheitliche Ansatz der bayerischen Agrarpolitik ist nicht zuletzt daran zu erkennen, dass der Bereich Ernährung seit 2008 wieder zum Ressort gehört. Aktuell stellen wir fest, dass der Wunsch der Bevölkerung nach gesundem Essen und regionalen Produkten zunimmt; die richtige Ernährung aus der Region in den unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenssituationen ist gefragt. Deshalb habe ich das Kompetenzzentrum für Ernährung (KErn) gegründet, das bisher einzigartig in Deutschland ist. Es entwickelt unter anderem maßgeschneiderte Konzepte für unterschiedliche Zielgruppen. In Pilotprojekten wie Junge Eltern / Familien, Generation 55+ oder dem Schulfruchtprogramm setzen wir dies bereits erfolgreich um. Für weitere Zielgruppen wollen wir ebenfalls gezielte Angebote entwickeln. Ich will Bayern zum Vorreiter für gesunde Ernährung machen.

Ein weiterer, aus meiner Sicht sehr

Bayern soll Vorreiter für **GESUNDE** Ernährung werden.

bedeutsamer Baustein ist der Erziehungsaspekt. Um Menschen und Landwirtschaft wieder enger zueinander zu bringen, soll jedes Grundschulkind in Bayern die Gelegenheit haben, kostenfrei einen Tag auf einem Bauernhof zu verbringen – analog zur erfolgreichen Waldpädagogik. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Zusammenhänge der Produktion von wertvollen Lebensmitteln, Natur und Umwelt besser begreifen lernen. Zudem können wir so auch das Verhalten der Eltern positiv beeinflussen. Bauernhof macht Schule.

Forschung, Bildung und Beratung

Markenzeichen des Bayerischen Weges war und ist der Erhalt möglichst vieler unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Innovative Spitzentechnologien, angewandte Forschung mit schnellem Transfer in die Praxis sowie Bildung und Beratung sind mir persönlich ein Herzensanliegen. Mit der Kooperationsvereinbarung und der Gründung des Hans-Eisenmann-Zentrums haben wir ein einmaliges agrarwissenschaftliches Kompetenzzentrum in Weißenstephan geschaffen. Forschung, Bildung, Beratung, Qualifizierung und Innovation sind das Ticket für eine gute Zukunft.

Bayerische Agrarpolitik war, ist und bleibt modern

Ich bin überzeugt, dass unser agrarpolitisches Leitbild einer flächendecken-

den, multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft, wie es unter Hans Eisenmann geprägt worden ist, bis heute von unserer Bevölkerung zutiefst akzeptiert ist. Auch die Zukunftskommission Landwirtschaft, unter Leitung von Franz Fischler, hat im Dialog mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen, z. B. Bayerischer Bauernverband, Bund Naturschutz, Verbraucherschutzverbände und Kirchen, dieses Leitbild bestätigt. Kernelemente dieses Leitbildes sind das Selbstbestimmungsrecht der bäuerlichen Familie über ihr Eigentum, der Schutz des Eigentums vor unberechtigten Zugriffen Dritter und daraus folgend das Prinzip der Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht.

Es ist wichtig, **ARBEITSPLÄTZE** in den ländlichen Raum zu bringen.

Nicht zuletzt durch das Erbe und Dank der Politik des Bayerischen Weges liegt heute jeder fünfte Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (LF) und jeder dritte Betrieb Deutschlands in Bayern. Das wurde uns oft als Nachteil und Rückständigkeit ausgelegt. Die gesamtwirtschaftliche Stärke und das Image Bayerns in der Welt sprechen eine deutlich andere Sprache: Erfolgreiche landwirtschaftliche Unternehmen sind gut. Noch besser sind viele erfolgreiche landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, wie wir sie flächendeckend in Bayern im ländlichen Raum haben. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke.

Wir sehen heute, wie richtig es damals war und heute noch ist, Arbeitsplätze zu den Menschen im ländlichen Raum zu bringen. Unseren landwirtschaftlichen Unternehmerfamilien bieten sich so viel-

fältigste Möglichkeiten, ihr Einkommen nicht nur in der Landwirtschaft, sondern ergänzend auch über Agro-Tourismus, Energieproduktion, Dienstleistungen oder im Nebenerwerb zu erwirtschaften. Nicht die Anzahl der Hektar soll über die Zukunft eines Betriebs entscheiden, sondern die Qualifikation und das unternehmerische Engagement des Betriebsleiters bzw. der Betriebsleiterfamilie.

Ist der Bayerische Weg ein Holzweg oder eine Sackgasse? Nein. Eisenmanns Idee des Bayerischen Weges brennt wie das olympische Feuer. Unser Auftrag ist es, nicht die Asche aus diesem Feuer zu bewahren sondern das Feuer über die Generationen weiterzugeben. Der Bayerische Weg war richtig, ist richtig und er bleibt richtig. ///



/// **HELMUT BRUNNER**

ist Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München.

Anmerkungen

¹ Hans Eisenmann: Ein Leben für seine bayerische Heimat, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten, Pfaffenhofen 1988.

² Zukunftskommission Landwirtschaft: Der Bayernplan 2020, Mai 2012.

³ Siehe hierzu die Image-Studie Landwirtschaft 2012, hrsg. von i.m.a und TNS Emnid, Mai 2012.

/// Ist ein eigenständiger Weg Bayerns möglich?

AGRARPOLITIK IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG

FRANZ FISCHLER /// Die Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und Europa vieles verändert, auch im Agrar- und Ernährungssektor. Kann da eine Region wie der Freistaat Bayern noch eine eigenständige Agrarpolitik betreiben?

Die Grenzen einer Eigenständigkeit sind in Zusammenhang mit den Märkten zu sehen. Bayern kann den gemeinsamen Markt nicht verlassen, eine eigene Außenhandelspolitik oder eine eigene Preispolitik betreiben. Das ist in einer globalisierten Welt – mit oder ohne Europäische Union, mit oder ohne Euro – nicht mehr denkbar. Wollte Bayern die gemeinsamen Marktordnungen außer Kraft setzen und die Preispolitik renationalisieren, würden sich daraus viel mehr Nachteile als Vorteile ergeben. Es gibt allerdings einen Bereich, den Bayern zu Recht kritisiert, weil die derzeitigen Reformvorschläge der GAP nicht ausreichen, um die bestehenden Probleme in den Griff zu kriegen. Und das ist die reaktive Art und Weise, wie man mit der Preisvolatilität umgeht. Hier fehlt es an Markttransparenz und vorausschauender Politikgestaltung, die überlegt, wie man die Marktentwicklung beeinflussen kann.

Innerhalb bestimmter Grenzen jedoch ist ein eigenständiger Weg Bayerns gangbar und für den künftigen Erfolg sogar notwendig, und zwar dort, wo man der Vielfalt und Unterschiedlichkeit in Europa wie auch den Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen muss. Wo ist diese Selbständigkeit meines Erachtens möglich? Den politischen Stellenwert der ländlichen Räume bestimmt niemand anderes als Bayern. Hier in Bayern muss entschieden werden, wie wichtig die ländlichen Räume für die Zukunft des Freistaats sind. Das Bild der bayerischen Landwirtschaft, die Vorstellungen von bayerischen Lebensmitteln, der Küche und ihrer Qualität sind hausgemacht. Essen und Trinken sind etwas sehr Sinnliches, hier liegt ein wichtiger Ansatz für die bewusste Gestaltung und Wahrnehmung von Regionalität. Bayern selbst bestimmt das Verhältnis zwischen agrarischen Verkaufsgütern und öffentlichen Gütern und beeinflusst wesentlich



Bayern hat das Potenzial, in der Milchproduktion zu einem weltweiten Marktführer zu werden.

den Diversifizierungsgrad wie auch den Innovations- und Bildungsgrad.

Beispiele aus der Praxis

Die Grünlandwirtschaft ist und bleibt aufgrund der natürlichen Gegebenheiten das Herz der bayerischen Landwirtschaft. Hier sollte es Bayern gelingen, im Bereich der Milchproduktion zu einem weltweiten Marktführer aufzusteigen, wie bei anderen Industriebranchen auch, etwa in der Automobilproduktion. Dazu braucht es keine „Turbokühe“, aber Know-how und Produkte, die sich im weltweiten Wettbewerb behaupten können.

Bayern selbst bestimmt den politischen STELLENWERT der ländlichen Räume.

Darüber hinaus darf jedoch nicht vergessen werden, dass es auch andere Formen der Grünlandnutzung gibt, die mit entsprechenden Innovationen attraktiv gemacht werden können. Es muss überlegt werden, wie diese Alternativen ausgebaut werden können, um ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den klassischen Grünlandprodukten, neuen Nutzungsformen und öffentlichen Gütern zustande zu bringen. Das hat sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun. Eine nachhaltige agrarische Wirtschaftsweise muss sich allerdings auch lohnen. Wenn sie sich nicht lohnt, kann man von den Bauern beim besten Willen nicht erwarten, dass sie ihre Produktion umstellen und großartige öffentliche Leistungen erbringen. Für die Attraktivität der Leistungen spielen die Agrarumweltprogramme eine zentrale Rolle. Qualität, Unverwechselbarkeit und Abwechslungsreichtum der bayerischen Kulturlandschaften lassen

sich nur aufrechterhalten, wenn sie mit einer vernünftigen Nutzung verbunden sind und ausreichend entlohnt werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist ein transparentes und gutes Verhältnis zwischen Landwirtschaft, Konsumenten und Bürgern. Einerseits ist viel Aufklärung notwendig, was das Ernährungsbewusstsein und das Wissen um die Vorzüge der heimischen Produktion angeht. Andererseits muss auch der Kunde abgeholt werden: Welche Qualitätsvorstellungen hat er? Was ist für den Landwirt sinnvoll und machbar und was sind lediglich romantische Vorstellungen, die nichts mit einem zeitgemäßen Bild der Landwirtschaft zu tun haben? Wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung mitzunehmen und ihr zu vermitteln, dass eine funktionierende Landwirtschaft in ihrem eigenen Interesse ist, dann kann man auch die Notwendigkeit von Direktzahlungen auf die Dauer nur schwer rechtfertigen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir auch weiterhin Direktzahlungen brauchen zur Abgeltung öffentlicher Leistungen und als Einkommenskomponente. Solange die durchschnittlichen Einkommen in der Landwirtschaft deutlich unterhalb des Durchschnitts der Bevölkerung liegen, muss ein Einkommensausgleich zur Verfügung stehen. Hier sollte allerdings mehr differenziert werden, denn nicht jeder Betrieb braucht

Eine funktionierende regionale LANDWIRTSCHAFT liegt im Interesse der Bürger.

die gleiche Höhe bzw. die gleiche Art von Direktzahlungen. Wichtig ist, den Landwirten vergleichbare Standards an sozialer Sicherheit zu bieten.

Statt Ängste zu schüren, sollte man den Landwirten ihre Ängste nehmen und mit ihnen in einen intensiven Dialog treten. Es liegt noch viel Potenzial darin, in der Produktion Partnerschaften zu

Zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe sind vor allem UNTERNEHMERPERSÖNLICHKEITEN gefragt.

fördern und Synergien zu nutzen. Nicht nur in der überbetrieblichen, sondern auch entlang der Glieder der Wertschöpfungsketten, von der Landwirtschaft über die Verarbeitung und den Handel. Diese Glieder müssen noch besser zusammengeführt werden, damit sie gemeinsame Produktionsziele entwickeln, entsprechend der Erkenntnis: „Gemeinsam sind wir stärker.“ Das erfordert Investitionen und Innovationen. Zur Modernisierung der Betriebe sind eine gute Ausbildung, moderne Beratung, vor allem aber Unternehmerpersönlichkeiten notwendig. Die Investition in die Köpfe ist aus meiner Sicht der entscheidende Faktor für künftige Erfolge. ///



/// DR. FRANZ FISCHLER
ist Agrarkommissar a. D. und Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

/// Staatskapitalismus als Erfolgsmodell?

WIE CHINA DIE GLOBALE KRISE MEISTERTE

MARKUS DREXLER /// China gewann durch die schnelle Überwindung der globalen Krise weiter an ökonomischer und politischer Macht. Allerdings zeigte sich, dass das chinesische Wachstums- und Entwicklungsmodell für eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte dringend reformiert werden muss. Ferner sollte sich die internationale Gemeinschaft darauf einstellen, zukünftig mit einem außenpolitisch immer selbstbewussteren und zugleich wegen gravierender interner Probleme auch teilweise unberechenbaren China zu kooperieren.

Divergierende Betrachtungen der Verhaltensweisen Chinas in der Krise

Die im Jahr 2007 ausgebrochene globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Folgen beschäftigten die internationale Medien- und Wissenschaftslandschaft wie auch politische Entscheidungsträger mehr als jedes andere Thema in den vergangenen Jahren. Dabei zeigt die Beurteilung Chinas eine große Ambivalenz. Einerseits wird China als „Retter der Welt“ und „globale Wachstumslokomotive“ bezeichnet. Andererseits fürchten Analytiker einen Kollaps der chinesischen Wirtschaft mit anschließenden sozialen Unruhen oder sehen Chinas Aufstieg als Bedrohung für den Westen an. Diese Ambivalenz spiegelt sich auch in der tatsächlichen Entwicklung Chinas wider. Die chine-

sische Volkswirtschaft wuchs weiterhin deutlich stärker als jene der Industriestaaten und China stieg zur zweitgrößten Volkswirtschaft und zur größten Exportnation weltweit auf. Das Land kämpft jedoch bis heute mit dem krisenbedingten Nachfragerückgang aus den Industriestaaten und strukturellen binnenwirtschaftlichen Problemen.

Die Ursachen der globalen Krise sind hinlänglich bekannt. Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass China einen Beitrag zur Entstehung der Krise geleistet hat. Die exportorientierte Entwicklungsstrategie hat im vergangenen Jahrzehnt zu hohen chinesischen Handelsbilanzüberschüssen und in der Folge zu globalen Ungleichgewichten geführt, die für die Krise mit verantwortlich waren.



Xi Jinping (r.) ist der neue starke Mann in China. Trotz des rasanten wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs seines Landes steht der den meisten eher unbekannte neue Präsident vor großen Herausforderungen.

Bildnachweis: Feng Li / Getty Images

Chinas Finanzsystem traf die Krise kaum, die REALWIRTSCHAFT wurde jedoch erheblich beeinträchtigt.

Auswirkungen der Krise auf Chinas Wirtschaft

Die von den Tendenzen in den Industriestaaten abweichende Entwicklung Chinas in der Krise ist auf andere Startvoraussetzungen und das spezifische chinesische Krisenmanagement zurückzuführen.

Da das chinesische Finanzsystem nur unvollständig liberalisiert war und ist, der Kapitalverkehr streng kontrolliert wurde und die chinesischen Banken nur in begrenztem Umfang riskante

amerikanische Papiere hielten, fügte die Krise ihm nur geringen Schaden zu. Die chinesischen Banken konnten ihre Kreditvergabe während des wirtschaftlichen Abschwungs erhöhen.

Chinas Realwirtschaft wurde im Gegensatz dazu deutlich beeinträchtigt. Die einbrechende Nachfrage chinesischer Haupthandelspartner sorgte für einen starken Einbruch der chinesischen Exporte, in dessen Folge sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum verlangsamte. Abbildung 1 verdeutlicht die drastischen Einbrüche des monatlichen Export- und Importwachstums und den langsamer wachsenden Handelsbilanzüberschuss. Dieser Einbruch des Außenhandels wirkte sich in der Folge negativ auf die gesamtwirtschaftliche Lage aus, das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) verringerte sich von 10,6% im 1. Quartal 2008 auf 6,2% im 1. Quartal 2009. Zudem stieg die Ar-

beitslosigkeit an, wobei vor allem Wanderarbeiter von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren.

Das chinesische Krisenmanagement

Die politische Reaktion Chinas auf die globale Krise erfolgte sehr schnell, umfassend und sektorenübergreifend. Die chinesische Regierung implementierte bereits im Herbst 2008, weit vor anderen Staaten, zusammen mit der Zentralbank umfangreiche Maßnahmen. Dabei griff sie auf zentrale Erfahrungswerte aus der Asienkrise 1997/1998 zurück und profitierte – begünstigt durch Reformen des Bankensektors und eine besonnene Geld- und Fiskalpolitik – von einer guten makroökonomischen Ausgangsposition.

Zunächst legte sie im November 2008 ein beachtliches Konjunkturpaket auf, das primär auf die Stimulierung des Wachstums durch Infrastrukturprojekte ausgerichtet war. Außerdem ergriff die Regierung unter anderem Maßnahmen zur Stützung der Exportwirtschaft und des inländischen Konsums. Die Zentralbank bediente sich einerseits klassischer geldpolitischer Instrumente wie die Senkung der Leitzinsen und Mindestreservesätze, andererseits hob sie Kreditquoten auf und wirkte auf eine verstärkte Kreditvergabe der Banken hin.

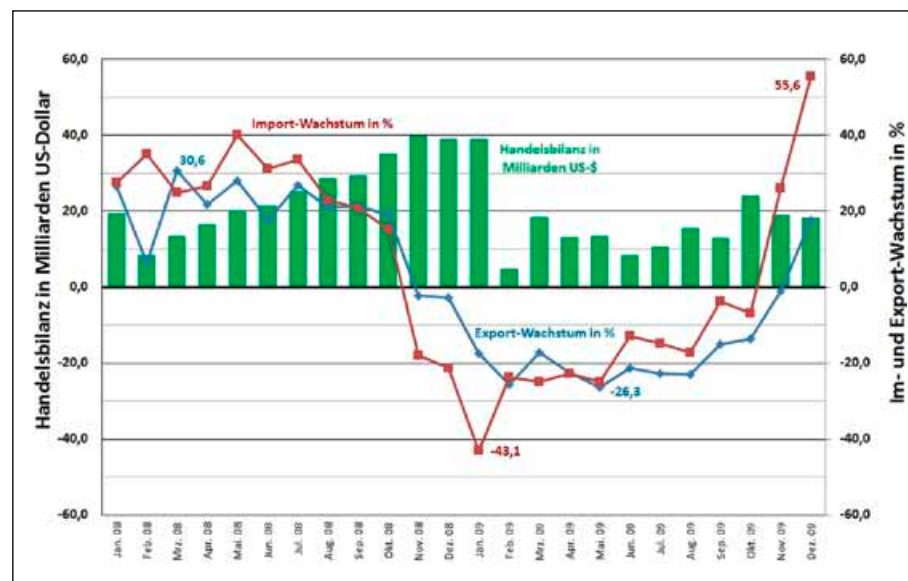
Nach Implementierung der Konjunkturmaßnahmen konnte China einen starken Einbruch seiner Wirtschaftsentwicklung vermeiden. Dies war insbesondere auf zwei Faktoren zurückzuführen, nämlich den privaten Konsum und die Investitionen. Erstens gelang es, die private Konsumnachfrage durch temporäre fiskalpolitische Instrumente (u. a. Subventionen der Automobil- und Haushaltsgeräteindustrie sowie erhöhte Kreditvergabe) zu stützen.

Die zweite und mit Abstand wichtigste Rolle für die schnelle Erholung spielten Investitionen, deren Bedeutung sich im Zuge der Krise weiter erhöhte. Während der Außenbeitrag für eine Verringerung des BIP-Wachstums 2009 um 3,9 Prozentpunkte sorgte, entfielen 8,9 Prozentpunkte des Wachstums auf Investitionen (siehe Abbildung 2).

Mittelfristige binnenwirtschaftliche Folgewirkungen

China überwand aufgrund eines umfangreichen Konjunkturpakets, einer starken Ausweitung der Kreditvergabe sowie einer Konzentration auf Investitionen die Krise sehr schnell. Diese Maßnahmen hatten jedoch ebenfalls negative Folgen, mit denen das Land noch Jahre nach Ausbruch der Krise zu kämpfen hatte. Die Wirtschaft kehrte zu ihrem alten Wachstumsmuster zurück, das im Wesentlichen auf dem Industriesektor, Investitionen³ und dem Außenhandel beruhte. Zugleich nahm der chinesische Staat wieder eine stärkere Rolle in der Lenkung des Wirtschaftsprozesses ein, beispielsweise durch die gezielte Förderung von zehn Schlüsselindustrien. Ferner wuchsen die wirtschaftlichen Überkapazitäten in einigen Wirtschaftszweigen stark an. Darüber hinaus erhöhte sich die Verschuldung der staatlichen Haushalte. Vor allem auf die Lo-

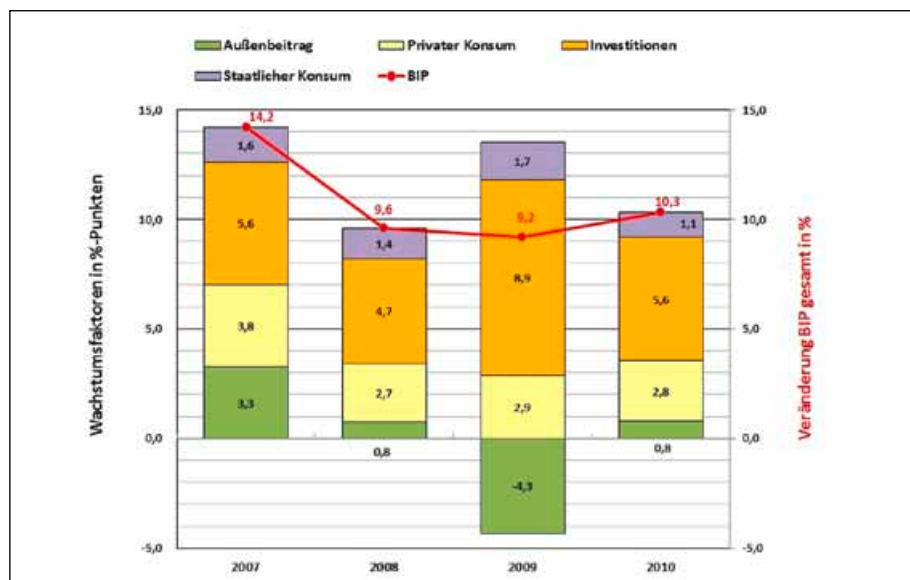
Entwicklung wichtiger Handelsindikatoren in den Jahren 2008 und 2009¹ Abb. 1



China überwand die Krise mittels des Konjunkturpakets mit einer Konzentration auf INVESTITIONEN erstaunlich schnell.

Wachstumsbeiträge (Verwendungsrechnung)²

Abb. 2



kalregierungen und lokale Investmentgesellschaften werden in Zukunft hohe finanzielle Belastungen zukommen. Außerdem führte die starke Ausweitung der Kreditvergabe zu einer steigenden Gefahr von Immobilienblasen. Schließlich werden die rasch ansteigende Inflation, vor allem der Lebensmittelpreise, sowie die unvermindert hohen Einkommensdisparitäten immer mehr zu einem Problem für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die globale Krise und ihre Auswirkungen auf die VR China haben mithin verdeutlicht, dass eine Transformation des chinesischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells mehr denn je unvermeidlich ist. Die wirklichen Probleme der chinesischen Volkswirtschaft sind nämlich nicht vorrangig konjunktureller Natur. Vielmehr liegt das Systemdefizit im langfristigen Wachstumsmodell, dessen Transformation durch die Kri-

senbewältigung verschoben und damit eine Chance verpasst wurde.

Die chinesische Regierung ist sich des Systemdefizits durchaus bewusst. Wen Jiabao hat Chinas Wirtschaftswachstum wiederholt als „unausgeglichene, unkoordiniert und nicht nachhaltig“ charakterisiert. Bereits Ende 2004 leitete Peking Reformschritte ein, um die Wirtschaft „auszubalancieren“. Auch im Zuge der Krise implementierte China einige vielversprechende Maßnahmen zum Ausbau des staatlichen Gesundheitssystems und des sozialen Sicherungssystems sowie zur Stärkung des inländischen Konsums.

Die in den vergangenen acht Jahren eingeleiteten Reformen werden jedoch nicht ausreichen. Die Hu / Wen-Administration war primär darauf bedacht, die politische Stabilität zu bewahren. Ihr können zwar positive Reformimpulse attestiert werden, allerdings haben Lokal-

regierungen und die immer einflussreicheren Interessengruppen (z. B. große Unternehmen, Banken) oft divergierende Ziele und Prioritäten, so dass Reformen ins Stocken gerieten.⁴ Um das Ziel eines ausgeglichenen Wirtschaftswachstums zu erreichen, werden von der neuen Führungsgeneration um den designierten Staatspräsidenten Xi Jinping größere Reformanstrengungen unternommen werden müssen. Diese werden auch negative Auswirkungen (vor allem auf den Arbeitsmarkt) mit sich bringen. Zudem muss es Chinas neuer Führung gelingen, die Richtungskämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei (KPCh) zu beenden und ihre Legitimität nach diversen Affären um Korruption und Machtmissbrauch wiederherzustellen.

müssen marktwirtschaftliche Reformen entschieden vorangetrieben werden, unter anderem die der staatseigenen Betriebe, die Stärkung des Dienstleistungssektors, die Liberalisierung der Finanzmärkte, der Zinssätze und der Preise für Rohstoffe und Energie sowie die Innovationsförderung.⁵

Eine weitere Problematik ergibt sich aus der Verwirklichung des chinesischen Ideals einer „harmonischen Gesellschaft“. Dieses Ziel beinhaltet eine gerechtere Einkommensverteilung, die Verbesserung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen (vor allem im Bildungs- und Gesundheitssektor), die Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien.⁶ Dabei muss insbesondere der Nivellierung des Wohlstandsgefälles und den gravierenden Umweltproblemen Priorität eingeräumt werden, da diese Faktoren hohes Konfliktpotenzial (z. B. durch die Zunahme sozialer Unruhen) bergen.⁷

Die entscheidende Herausforderung und das zugleich größte Potenzial für eine zukünftig positive Entwicklung bietet die inländische private Nachfrage einer rasch wachsenden Mittelschicht. Die amerikanische Bank Morgan Stanley spricht von einem „goldenen Konsumzeitalter“ Chinas bis 2020 unter den Voraussetzungen steigender Einkommen, sinkender Sparquoten sowie einer Veränderung der Konsumstruktur hin zu hochwertigeren Produkten.⁸

Ein außenwirtschaftlich wichtiger Reformschritt ist die Liberalisierung der Währung. Die damit verbundene Aufwertung des chinesischen Renminbi würde die Kosten für Importgüter senken, chinesische Exporte verteuern und mithin zu einer Verringerung der globalen Ungleichgewichte beitragen. Zu-

Eine TRANSFORMATION des chinesischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells ist mehr denn je unvermeidlich.

len. Ein höheres Maß an politischer Transparenz wird in Zeiten einer rasch wachsenden, sich im Internet mobilisierenden Mittelschicht unerlässlich sein, um den Machterhalt der KPCh zu sichern.

Bei der Verlagerung von kurzfristig orientierten Konjunkturmaßnahmen zu einer mittelfristig angelegten strukturellen Reformagenda ergeben sich eine Reihe großer Herausforderungen wie zunächst die Aufrechterhaltung eines hohen Wirtschaftswachstums. Dazu

gleich könnte der Inflationsdruck reduziert werden.⁹

Sollte es der chinesischen Regierung gelingen, die erforderlichen strukturellen Reformen einzuleiten, wird es in den nächsten Jahren voraussichtlich zu keinem deutlichen Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung kommen, wobei sich die Wachstumsraten etwas verringern dürften. Nach Berechnungen der Weltbank wird sich das BIP-Wachstum von durchschnittlich 8,5 % in der Periode 2011-2015 auf ungefähr 5 % in den Jahren 2026-2030 verlangsamen.¹⁰

Die Krise **BESCHLEUNIGTE** die Verlagerung ökonomischer und machtpolitischer Gewichte nach Asien.

Folgen für die strategische Position Chinas im internationalen System

Die globale Krise veränderte auch die strategische Position Chinas im internationalen System. Die Krisenfolgen beschleunigten die Verlagerung ökonomischer und machtpolitischer Gewichte von den westlichen Industriestaaten auf die Schwellenländer in der Großregion Asien-Pazifik. China konnte dabei den größten Machtzuwachs verzeichnen.

Zunächst dokumentierte sich der zunehmende Einfluss Pekings in einem selbstbewussteren Auftreten chinesischer Vertreter beim multilateralen Krisenmanagement. China baute systematisch seine Stimmgewichte in internationalen Organisationen (IWF, Weltbank) aus. Im Verlauf der Krise trieb China zu-

sätzlich die Internationalisierung seiner Währung voran. Dieser Prozess wird bei Aufrechterhaltung des Reformtempos und vollständiger Liberalisierung mutmaßlich dazu führen, dass der Renminbi bis 2020 eine wichtige Rolle im Welthandel und als Reservewährung einnimmt.

Eine weitere Herausforderung für die internationale Gemeinschaft stellt Chinas aktive Rohstoffdiplomatie dar. Der Zugang zu ausländischen Rohstoffen ist aufgrund limitierter inländischer Ressourcen notwendig für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch für die soziale Stabilität und den Machterhalt der KPCh mitverantwortlich. Chinesische Unternehmen weiteten in den vergangenen Jahren ihre ausländischen Investitionsaktivitäten stark aus und schlossen langfristige Lieferverträge ab. China stieg ferner im Jahr 2008 zum wichtigsten Kreditgeber für Entwicklungsländer auf und veränderte damit die internationale Entwicklungshilfelandchaft.

Vor dem Hintergrund des gestiegenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Gewichts der VR China nach der Krise ist fraglich, ob und wie sich das Land künftig in das internationale System integrieren wird.

Einige Politikwissenschaftler klassifizieren China aufgrund des Aufstiegs und seiner Folgen für die USA und das internationale System als „revisionistische“ Macht, welche die Stabilität des Systems unterminiere.¹¹ Allerdings wird diese Hypothese vom Verfasser aus mehreren Gründen nicht geteilt.

Chinas Aufstieg in den vergangenen Jahrzehnten hat im Rahmen der Normen und Regeln des internationalen Systems stattgefunden. Das Land hat dabei in hohem Maße vom bestehenden

System profitiert, ohne selbst große Verantwortung für dessen Aufrechterhaltung übernehmen zu müssen. Gegenwärtig zeigt China keine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Bewältigung globaler Probleme, die deutlich über die Bewahrung der eigenen nationalen Interessen hinausgeht.

Würde man China als ausschließlich revisionistische Macht charakterisieren, vernachlässigte dies ferner die außenpolitischen Grundsätze einer „friedlichen Entwicklung“ und einer „harmonischen Welt“. China beabsichtigt entsprechend der Deutung des „eigenen Platzes in der Geschichte“ keine Verdrängung anderer Staaten, sondern die Wiedereinnahme des angestammten und legitimen Platzes in der Welt als gleichberechtigte Großmacht. Das Land hatte bis ins 19. Jahrhundert eine weltweite wirtschaftliche Führungsrolle¹² inne.

Des Weiteren hat sich Chinas außenpolitische und -wirtschaftliche Situation seit 1978 verändert. Während das Land in großen Teilen seiner Geschichte weitgehend unabhängig von ausländischer Einflussnahme auf die eigenen Entscheidungen agieren konnte, hat die Integration in die Weltwirtschaft und die Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen die politischen und wirtschaftlichen Interdependenzen mit dem Westen verstärkt. Die chinesische Regierung sieht sich mit Imponderabilien konfrontiert, von denen zwar der weitere Aufstieg des Landes abhängt, die sie jedoch nicht mehr alleine beeinflussen kann.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die chinesische Volkswirtschaft wegen des exportorientierten Wachstumsmodells nach wie vor stark von der Nachfrage anderer Länder abhängig ist. Außerdem wird Chinas Abhängigkeit von Rohstoff-

China muss viele interne Probleme bewältigen, was ein Verdrängen der USA als FÜHRUNGSMACHT derzeit unwahrscheinlich macht.

importen die eigene Handlungsfähigkeit weiter einschränken.

Daneben kann auch kein praktischer chinesischer Gegenentwurf zur Ersetzung des gegenwärtigen internationalen Systems identifiziert werden, obwohl in der innerchinesischen Diskussion auf konfuzianischen Ideen beruhende Weltordnungsmodelle diskutiert werden.¹³

Unter Berücksichtigung dieser Determinanten ist die Verdrängung der USA als internationale Führungsmacht nicht nur unrealistisch, sondern auch für die chinesische Führung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wünschenswert. Das Streben nach einer globalen Führungsrolle und das Zurückdrängen der USA wären mit der Übernahme größerer Verantwortung für die Lösung globaler Probleme verbunden, was den innenpolitischen Spielraum Pekings einschränken würde. China muss jedoch eine Reihe gravierender interner Probleme bewältigen, die eine Ausrichtung auf die Innenpolitik notwendig machen.

Der chinesische wirtschaftliche Aufstieg wird sich trotz diverser Unwägbarkeiten aller Voraussicht nach fortsetzen und damit wird auch Chinas politisches und militärisches Gewicht in der Welt weiter zunehmen. Da aus der Sicht des Verfassers eine vollständige Integration Chinas in das vom Westen dominierte

liberale internationale System jedoch unwahrscheinlich ist, stellt sich die Frage nach möglichen Veränderungen des internationalen Systems und seiner „Spielregeln“.

In diesem Zusammenhang können durchaus revisionistische Tendenzen in der chinesischen Außenpolitik identifiziert werden. Das internationale System sowie seine politischen und ökonomischen Institutionen entsprechen aus chinesischer Sicht nicht mehr der tatsächlichen Machtverteilung. Die Schwellenländer nutzen ihre gestiegene Macht, um ein größeres Mitspracherecht bei globalen Problemlösungen zu beanspruchen und internationale Entscheidungsprozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen, was vor der Krise oft nicht möglich war.

Die chinesische Außen- und Außenwirtschaftspolitik hat in den vergangenen Jahren insbesondere die regionale Ordnung in Asien verändert. Obwohl regionale asiatische Organisationen nicht auf eine komplette Verdrängung der USA aus Asien abzielen und dies von Chinas Nachbarstaaten keinesfalls gewünscht wird, ermöglichen sie doch einen wachsenden Einfluss Chinas innerhalb der regionalen und internationalen Ordnung. Dabei dient Chinas Vorgehensweise bewusst auch dem Ziel, unilateralistische Tendenzen amerikanischer Außenpolitik zu begrenzen und den Wandel zu einer multipolaren Ordnung zu begünstigen. Indes besteht ein nur schwer überwindbarer Gegensatz zwischen Chinas Ziel einer „harmonischen Welt“ und seinen teilweise aggressiven außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Vorgehensweisen, die Pekings Image als „verantwortungsbewusste Großmacht“ beschädigt und bei den Nachbarstaaten Bedrohungspereptionen ausgelöst haben.

Schließlich könnte sich eine neue Systemkonkurrenz ergeben, die anders als im Kalten Krieg nicht durch ideologische Differenzen bestimmt wäre, sondern durch die Konkurrenz wirtschaftspolitischer Ordnungsmodelle. Dabei stehen sich der (neo)liberale, sozialstaatlich-demokratische Kapitalismus und der „marktliberale Staatskapitalismus chinesischer Prägung“¹⁴ gegenüber. Diese neue Konkurrenz könnte darauf zurückgeführt werden, dass das chinesische Wachstums- und Entwicklungsmodell wegen seiner Überlegenheit bei der Krisenbekämpfung weltweit an Attraktivität gewonnen hat. Die chinesische Vorgehensweise in den letzten 30 Jahren zeigt, dass eine rasche wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in einem demokratischen System möglich ist. China nutzt(e) die Chancen der Globalisierung, um die eigene Entwicklung voranzutreiben und erweist sich hierbei als „außerordentlich rasch und erfolgreich lernender autoritärer Staat“¹⁵. Außerdem gelang es der chinesischen Führung durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, das autoritäre politische System aufrechtzuerhalten und internationalen Forderungen nach Demokratisierung und Wirtschaftsreformen zu widerstehen.

Wenngleich einige Beobachter von einer „demokratischen Rezession“¹⁶ in den vergangenen Jahren sprechen, sollte aus den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise dennoch keine (wirtschafts)politische Systemkonkurrenz zwischen westlicher Demokratie und Autokratie chinesischer Prägung konstruiert werden. China lehnt eine Übertragung des eigenen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells auf andere Staaten strikt ab. Das „chinesische Modell“ war zwar aufgrund individueller Gege-

benheiten sehr erfolgreich bei der Aufrechterhaltung eines hohen Wirtschaftswachstums und einer schnellen Reduktion der Armut. Dennoch bieten auch von der Wissenschaft konstruierte chinesische Ordnungsmodelle (s. „Beijing Consensus“) keine übernahmefähigen Patentrezepte für andere Staaten.

Trotz internationaler Anpassungsprozesse ist eine neue WELTORDNUNG unter der Führung Chinas nicht ersichtlich.

Fazit

Chinas Vorgehensweise verdeutlicht, dass das Land weder eine „revisionistische Macht“ noch eine „saturierte Status-quo-Macht“ ist. Der chinesische Kurs bewegt sich vielmehr zwischen „selektivem Revisionismus und partieller Integration“¹⁷. Trotz des weiter steigenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtpotenzials ist China aufgrund massiver innenpolitischer Probleme und mangelnder Bereitschaft zur Übernahme umfassender globaler Verantwortung in den nächsten Jahren nicht willens und in der Lage, die USA als Hegemon im internationalen System abzulösen. Im Zuge der Krise haben sich wirtschaftliche und machtpolitische Gewichte nach Asien verschoben, allerdings wird sich das internationale System nicht so stark ändern, dass von einem Systemkonflikt oder gar einer neuen Weltordnung unter Führung Chinas zu sprechen sein wird.

Wenn man die skizzierten Unwägbarkeiten eines zukünftigen Aufstiegs Chinas und der Wirkungen auf andere Staaten einkalkuliert, sollte die internationale Gemeinschaft ihre Bemühungen verstärken, China nachhaltiger in das internationale System zu integrieren, um dessen Stabilität aufrechtzuerhalten.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die sino-amerikanischen Beziehungen für den Fortschritt im internationalen System von entscheidender Bedeutung sind. Die USA und China tragen, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen, Verantwortung für die gegenwärtige Krise und als größte Volkswirtschaften, Militärmächte und Umweltverschmutzer auch Verantwortung für globale Problemlösungen. Außerdem hat sich ihre ökonomische Interdependenz trotz bilateraler Friktionen deutlich erhöht. Ohne eine Zusammenarbeit der beiden Staaten und eine Stärkung multilateraler Kooperation werden gravierende Probleme wie globale wirtschaftliche Ungleichgewichte, der Klimawandel, der transnationale Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen nicht bekämpft werden können.

Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Asien-Pazifik-Region in einem „Pazifischen Jahrhundert“¹⁸. Henry Kissinger schlägt die Einrichtung einer „Pazifischen Gemeinschaft“ mit den USA, China und andere Staaten vor, um eine friedliche Entwicklung der Welt zu gewährleisten und damit die Polarisierung von Staaten zwischen einem „chinesischen und amerikanischen Block“ zu verhindern.¹⁹ Dabei muss sich die internationale Gemeinschaft auf eine größere Störungsanfälligkeit in Chinas Außen- und Außenwirtschaftspolitik einstellen, die ein differenziertes Antwort-

und Kooperationsverhalten gegenüber China erforderlich machen werden. Statt vor den mit Chinas Aufstieg verbundenen Veränderungen zu kapitulieren, sind politische, wirtschaftliche sowie technologische Agilität und Flexibilität vonnöten, um die westlichen Erregenschaften, Werte und Institutionen zu verteidigen.²⁰ ///



/// MARKUS DREXLER

ist Diplom-Politologe und Trainee in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie.

Anmerkungen

- ¹ Abbildung basierend auf Daten der Asian Development Bank und des National Bureau of Statistics China, Stand Juni 2011.
- ² Ebd.
- ³ Eines der größten wirtschaftlichen Ungleichgewichte besteht zwischen der im Verhältnis zum BIP sehr hohen Investitionsquote und der rückläufigen und sehr niedrigen Konsumquote.
- ⁴ Lardy, Nicholas: Sustaining China's Economic Growth After the Global Financial Crisis, Washington 2012, S. 139 f.
- ⁵ The World Bank: China 2030, Washington 2012.
- ⁶ Ebd.
- ⁷ Lin Yifu, Justin: On China's Economy, Heidelberg 2009, S. 192.
- ⁸ Wang, Qing / Zhang, Steven: Chinese Economy through 2020 (Part 3), in: Morgan Stanley Research: China Economics, 31.10.2010, S. 1.
- ⁹ Feldstein, Martin: The End of China's Surplus, in: <http://www.project-syndicate.org/commentary/feldstein32/English>, Stand: 28.1.2011.
- ¹⁰ The World Bank: China 2030, S. 8.
- ¹¹ Mearsheimer John: The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001.
- ¹² Maddison, Angus: Chinese Economic Performance in the Long Run, Paris 2007.
- ¹³ Noesselt, Nele: Alternative Weltordnungsmodelle?, Wiesbaden 2010.
- ¹⁴ Ten Brink, Tobias: Chinas neuer Kapitalismus:

Wachstum ohne Ende?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 / 2010, S. 14.

- ¹⁵ Heilmann, Sebastian: China als lernendes autoritäres System, in: China Analysis 63 / 2008, S. 1
- ¹⁶ Diamond, Larry: The Democratic Rollback, in: Foreign Affairs, Vol. 87, No. 2 / 2008, S. 36f.
- ¹⁷ Deudney, Daniel et al.: Global Power Shift, Washington 2011, S. 9
- ¹⁸ Siehe z.B. Clinton, Hillary: America's Pacific Century, in: Foreign Affairs, Vol. 90, No. 6 / 2011.
- ¹⁹ Kissinger, Henry: China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München 2011, S. 541 f.
- ²⁰ Heilmann, Sebastian / Schmidt, Dirk: Außenpolitik und Außenwirtschaft der VR China, Wiesbaden 2012, S. 175 f.

/// Venezuelas Traum vom geeinten Lateinamerika

VENEZUELAS AUSSENPOLITIK: RADIKAL UND ERFOLGREICH!?

ISABELLA HERMANN /// Der kürzlich erneut zum venezolanischen Präsidenten gewählte Hugo Chávez vertritt mit seiner „Bolivarianischen Revolution“ und seinem Modell eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eine ideologische Konzeption, die explizit gegen die Interessen der USA gerichtet ist. Abgesichert durch die enormen Ölreserven des Landes kann diese radikale Außenpolitik in Lateinamerika beachtliche Erfolge aufweisen, scheint jedoch global an ihre Grenzen zu stoßen.

Hugo Chávez, Präsident des ölreichen Venezuelas, gilt als enfant terrible der internationalen Politik. Gut und gerne posiert er auf Fotos in bewusst freundschaftlichen Gesten mit international umstrittenen bis geächteten politischen Figuren wie etwa dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad oder dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Selbst wenig an den Vorgängen in Lateinamerika Interessierten dürfte seine Rede vor der UNO-Generalversammlung im Jahr 2006 ein Begriff sein, wo er, auf den damaligen US-Präsidenten George W. Bush verweisend, der tags zuvor an gleicher Stelle eine Rede hielt, monierte, es würde immer noch nach Schwefel riechen, weil der Teufel da gewesen sei. Solche Provokationen gegen die „Imperialmacht“ USA mochte man wie der damalige US-Botschafter bei der UNO,

John Bolton, als „Comicstrip“ abtun¹, allerdings verschleiert dies zweierlei: Zum einen, dass Venezuela unter der Regierung Chávez eine rationale Außenpolitik fährt, auch wenn oder gerade weil diese gegen die Interessen der USA gerichtet ist, und zum zweiten, dass diese im Jahr 2012 aus der „chavistischen“ Perspektive tatsächliche Erfolge vorzuweisen hat und mittlerweile spürbaren Einfluss auf dem lateinamerikanischen Kontinent ausübt.²

Die chavistische Außenpolitik geht weiter

Die Ausrichtung der venezolanischen Außenpolitik hat insoweit aktuelle Bedeutung, als dass Hugo Chávez am 7. Oktober 2012 für eine weitere Amtszeit von 6 Jahren erneut und zum vierten Mal seit seiner Erstwahl im Jahr 1998 zum venezolanischen Präsidenten ge-



Der Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, hält eine seiner kämpferischen Reden.

wählt wurde.³ Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von fast 80,5 Prozent fiel das Ergebnis trotz unterschiedlicher Wahlprognosen am Ende eindeutig aus: 55,08 Prozent stimmten für die Weiterführung und Vertiefung des radikalen sozialistischen Projekts des amtierenden Präsidenten. Der hoffnungsvolle Herausforderer Henrique Capriles Radonski mit seiner avisierten Abkehr vom chavistischen Modell erhielt 44,3 Prozent.⁴ Die Präsidentschaftswahlen in dem politisch gänzlich polarisierten Land waren dabei eben nicht nur für die interne Politik von entscheidender Bedeutung, handelte es sich doch um nichts weniger als eine grundlegende Richtungsentscheidung zweier konträrer Gesellschaftsmodelle. Auch Venezuelas Außenpolitik hätte sich mit einem Sieg von Capriles wesentlich verändert und entradikalisiert, zuallererst wohl was das gestörte Verhältnis zu den USA anbelangt, wohl aber auch in den anderen Bereichen.

Hier ist allerdings gleichsam anzumerken, dass der Anspruch Venezuelas, eine aktive Rolle in Lateinamerika zu übernehmen, sowie sich global als Sprecher des Südens bzw. marginalisierter Länder zu gerieren, in Venezuela durchaus Tradition besitzt. Der Ölreichtum – laut eigenen Angaben besitzt Venezuela die größten Ölvorkommen der Welt⁵ – stattet das Land mit enormen Exporterlösen und folglich finanziellen Mitteln aus, und garantiert ihm gleichzeitig als Verkäufer dieses wichtigen Rohstoffes Einfluss. Dies wurde in Venezuela schon jeher auch als Auftrag verstanden, sich international zu projizieren und diesen Einfluss geltend zu machen. Vor allem unter der ersten Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez zu Zeiten des Ölbooms in den 1970er-Jahren, als Vene-

zuela noch als Vorzeigedemokratie und strategischer Verbündeter der USA galt, verstand sich das Land auch als Sprecher des Südens und der Bewegung Blockfreier Staaten. Außerdem war es Pérez, der die diplomatischen Beziehungen zu Kuba 1974 wieder aufnahm und die Ölindustrie bereits 1976 verstaatlichte.¹⁶ Unter ihm wurde auch der 1980 zusammen mit Mexiko unterzeichnete Vertrag von San José vorangetrieben, in dem sich die beiden Staaten verpflichteten, Mittelamerika- und Karibik-Staaten mit Erdöl zu günstigen Bedingungen zu beliefern.

Aufgrund seiner Ölvorkommen beansprucht Venezuela eine VORMACHTSTELLUNG in Lateinamerika.

Was die Außenpolitik unter Hugo Chávez jedoch besonders macht, ist, dass wir auf dieser tradierten Selbstwahrnehmung des Landes als wichtiger Akteur nun die ideologische Überzeugung vorfinden, gegen ein die Dritte Welt ausbeutendes kapitalistisch-imperialistisches Weltsystem kämpfen zu müssen, das von den USA angeführt wird. Dieser Kampf für eine radikale Veränderung wird als revolutionär aufgefasst, und ist in der entsprechenden Logik deswegen per se als gerecht einzustufen. Im Regierungsprogramm von Hugo Chávez 2013-2019 geht es nun ganz klar um die Weiterführung und Ausdehnung der bisherigen Linie. Außenpolitisch lassen sich dabei drei stra-

tegische und miteinander verknüpfte Ziele erkennen: zum einen, dem Einfluss und der Macht der USA entgegenzuwirken, um dies zu erreichen zum zweiten die Einigung des lateinamerikanischen Kontinents, und zum dritten der Aufbau einer multipolaren Welt mit mehreren verschiedenen Machtzentren.

Wider den Interessen der USA

Der Antagonismus zu den USA speist sich im Falle des Chavismus, wie die gesamte ideologisch-politische Konzeption rund um Hugo Chávez bezeichnet wird, aus mehreren verschiedenen Quellen. Ganz grundsätzlich ist er natürlich Ausdruck einer linksradikalen Kritik an der US-Außenpolitik, die als imperialistisch bezeichnet und als lediglich den wirtschaftlich-kapitalistischen Machtinteressen der Besitzenden dienend begriffen wird. Allerdings setzte der krasse Anti-US-Diskurs sowie die Radikalisierung der Außenpolitik im Gesamten erst nach 2002 ein⁷, auch wenn sich der Ton seit der Wahl von George W. Bush Ende 2000 bereits verschärfte. Im April 2002 kam es in Caracas zu Massenprotesten gegen die Chávez-Politik, die Einkommens- und Besitzverhältnisse zu ändern und vor allem auch die Einnahmen aus der Ölproduktion von den wirtschaftlichen Eliten auf die ärmeren Bevölkerungsschichten umzuverteilen, was in einem Putsch gegen den Präsidenten endete. Dies wiederum trieb tausende Chávez-Anhänger auf die Straßen, was zu seiner Wiedereinsetzung nach weniger als 48 Stunden führte. Waren die USA wohl auch nicht direkt in die Vorgänge involviert, ist jedoch bekannt, dass die oppositionellen Kräfte von den USA finanziell unterstützt wurden⁸ und es im Vorfeld des Staatsstreichs zu verschiedenen Treffen zwischen Geg-

nern von Chávez und Regierungsvertretern der USA kam – was natürlich das Entstehen verschiedenster Gerüchte befeuerte.⁹ Während der Staatsstreich gegen einen demokratisch rechtmäßig gewählten Präsidenten in der lateinamerikanischen Welt verurteilt wurde, kamen aus Richtung der USA sogar Anzeichen, dass sie den Putsch befürworteten.¹⁰ Diese Episode als erster Höhepunkt im Zuge sich nun fortschreitend verschlechternder US-venezolanischer Beziehungen scheint der Initialzündler gewesen zu sein, der für Chávez die Erfordernis zur Änderung – Radikalisierung – seiner Politik darstellte. Damit einhergehend ist eine Verschärfung des Diskurses festzustellen, die bis zu den nun Berühmtheit erlangten Auftritten wie die eingangs erwähnte Rede vor der UNO-Generalversammlung im Jahr 2006 führte.

Die USA sind der ideologische FEIND, gleichzeitig aber die größten Abnehmer venezolanischen Öls.

So wie nach 2002 die Notwendigkeit für Venezuela bestand, ein Politikmodell, das schon rein ideologisch gegen die Interessen der USA gerichtet ist, durch außenpolitische Bündnisse und Allianzen abzusichern, so wird der US-Antagonismus auch bewusst aus machtpolitischen Interessen instrumentalisiert. Dies geschieht innenpolitisch, um einmal die Gefahr einer Invasion aus dem Norden zu beschwören, die vom Chavismus gebannt werden muss, andererseits, um

die Opposition zu diffamieren, die als Handlanger der Imperialmacht USA diffamiert wird. Außenpolitisch dient der scharfe Diskurs gegen die USA dazu, sich auf dem lateinamerikanischen Kontinent genauso wie global als Avantgarde und Sprecher wider den Kapitalismus zu positionieren. Die entstehende nationale wie internationale Polarisierung scheint für Chávez dabei – wie bereits erwähnt – die natürliche Konsequenz eines revolutionären Kampfes für eine gerechte Welt zu sein, der den Diskurs und auch die Politiken gleichsam legitimiert. Gleichzeitig aber stellen die USA – trotz venezolanischer Bemühungen, die Erdölexporte zu diversifizieren – nach wie vor den größten Abnehmer venezolanischen Öls dar. Zwar ist der Anteil der Exporte in die USA laut Angaben des staatlichen Erdölkonzerns Pdvsa von 67 Prozent im Jahr 2002 auf 55 Prozent im Jahr 2011 gefallen, lag dabei aber selbst in den Hochzeiten der rhetorischen Konfrontation zwischen Hugo Chávez und George W. Bush bei über 60 Prozent.¹¹ Die Crux Venezuelas liegt dabei darin, dass es gemäß der eigenen Überzeugung diese Abhängigkeit von den USA zu minimieren sucht, die USA aber gerade die finanziellen Mittel für die radikale chavistische Politik liefern, weil sie im Gegensatz zu anderen belieferten Ländern die hohen Weltmarktpreise für das Öl voll bezahlen. Für linke Idealisten macht dies die propagierten Zielsetzungen Venezuelas unglaublich, weil das Land offensichtlich Teil der neokapitalistischen Logiken ist, die es eigentlich von Grund auf kritisiert.

Der Traum Bolívars von der Einheit Lateinamerikas

Die historische Figur des Simón Bolívar als Schlüsselfigur in den lateinamerika-

nischen Unabhängigkeitskämpfen gegen die spanische Kolonialherrschaft wird länderübergreifend in Lateinamerika als Held verehrt. Doch nirgendwo sonst wird ihm eine derart herausragende, fast schon religiöse Position wie im chavistischen Venezuela eingeräumt, denn Chávez macht nicht nur einfach revolutionäre Politik, sondern betreibt vielmehr eine „Bolivarische Revolution“. Für die venezolanische Lateinamerikapolitik bedeutet dies die Einigung des Kontinents, um sich als eigener Machtblock gegen Einflüsse von außen – vorwiegend der USA – wehren zu können. Das Bild Simón Bolívars wird dabei zwar im Chavismus entsprechend der eigenen politischen Überzeugung stark instrumentalisiert, Fakt ist jedoch, dass Bolívar als Verfechter des Panamerikanismus eine Einigung Lateinamerikas als anzustrebendes Ideal sah. Er war die Kraft hinter der Gründung der Föderation „Gran Colombia“ im Jahr 1819, die, bis zu ihrem erneuten Zerfall in die einzelnen Nationalstaaten mit Bolívars Tod im Jahr 1830, aus Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Panama bestand.

Mit der Idee Bolívars im Rücken und dem ideologischen „Feind“ der USA an der Front wird nun seit dem Putschversuch von 2002 ein Allianz- und Bündnisystem in Lateinamerika aufgebaut, das sowohl die Länder des Kontinents einen, als auch ein Gegengewicht zu den USA bilden soll. Offenkundig wird dies bei dem 2005 gegründeten Bündnis der ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América, zu dt.: Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika), das auf ein bilaterales Kooperationsabkommen zwischen Venezuela und Kuba aus dem Jahr 2004 zurückgeht¹². Die Gründung der Alba mit der Führungsmacht Venezuela als poli-

tisches Projekt mit einem alternativen Handelssystem war dabei als direkte Antwort auf das gleichzeitig in Verhandlungen gescheiterte, von den USA forcierte gesamtamerikanische Freihandelsabkommen (engl.: FTAA; span.: ALCA) gedacht, das als neokoloniale Ausbeutung des lateinamerikanischen Kontinents aufgefasst wurde. Die Mitgliedstaaten der Alba – neben Venezuela und Kuba sind die wichtigsten Bolivien, Ecuador und Nicaragua – verstehen sich dabei nicht nur als Handelskooperative um Schwächen der Länder untereinander auszugleichen, sondern sehen sich auch als politisches Bündnis mit einer linksorientierten Zielsetzung entgegen den USA. Die Alba stellt dabei keinen traditionellen Machtblock dar, der durch militärische Überlegenheit überzeugt, sondern macht ihren Einfluss auf diskursiver Ebene als Agendasetter deutlich. Dies konnte man etwa beim Amerika-Gipfel im April 2012, bei dem die Mitgliedstaaten der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) – alle unabhängigen Staaten Amerikas außer Kuba – zusammenkamen, gut erkennen. Obwohl es nicht auf der Agenda stand, entwickelte sich der andauernde Ausschluss Kubas zu einem wichtigen Thema, weil Ecuador und Nicaragua den Gipfel deswegen blockierten, und der als Ersatz für den kranken Hugo Chávez teilnehmende venezolanische Außenminister Nicolás Maduro die Problematik offen ansprach.¹³

Weitere Aspekte dieser bewussten Politik des nicht-militärischen Konterns gegen die USA, die auch als „soft balancing“ bezeichnet wird¹⁴, sind etwa der 2005 gegründete, als Gegengewicht zu CNN gedachte und mittlerweile etablierte lateinamerikanische Nachrichtensender „teleSUR“, sowie die 2009

gegründete südamerikanische Entwicklungsbank „Banco del Sur“ als Gegengewicht zum Internationalen Währungsfonds, beide mit Sitz in Caracas.

Bewusst von Venezuela unterstützt wird auch die 2008 gegründete Unasur (Unión de Naciones Suramericanas, zu dt.: Union Südamerikanischer Nationen) als Integrationsmodell der südamerikanischen Staaten, dessen Sekretariat seit Juni 2012 von Venezuela geleitet wird und das sich schon als Konfliktlösungsmechanismus ohne Beteiligung der USA profilieren konnte, wie etwa bei der friedlichen Beilegung eines Grenzstreites zwischen Ecuador und Kolumbien. Genauso von Venezuela befürwortet wird die 2010 in Caracas gegründete Celac (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, zu dt.: Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten), die – fast alle lateinamerikanischen Staaten inklusive Kuba miteinschließend – ohne die USA und Kanada offen als Alternative zur OAS proklamiert wird. Weiterhin ist Venezuela seit dem ersten Juli 2012 Mitglied im Wirtschaftsbündnis Mercosur zusammen mit Argentinien, Brasilien und Uruguay, nachdem Paraguay wegen der umstrittenen parlamentarischen Absetzung von Präsident Fernando Lugo im Juni aus dem Mercosur ausgeschlossen wurde. Das Verhältnis Venezuelas zu den Mitgliedstaaten, ganz besonders auf persönlicher Ebene zur argentinischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, gilt als freundschaftlich, wobei das Land Brasilien natürlich seine ganz eigene Zielsetzung hinsichtlich einer Integration Lateinamerikas unter brasilianischer Führung anstrebt und sich international selbst als Machtblock positioniert.

Ein weiterer wichtiger Baustein der venezolanischen Außenpolitik ist das

Abkommen Petrocaribe, das seit 2005 in der Tradition des zuvor erwähnten Vertrages von San José Erdöllieferungen in Karibikstaaten zu Vorzugspreisen bzw. gegen Tauschgeschäfte mit z. B. Lebensmitteln ermöglicht. Vor allem im Zusammenhang mit Petrocaribe, aber auch mit Bezug zur Alba ist Venezuela der Kritik ausgesetzt, sich die politische Gefolgschaft mit „Erdölgeschenken“ zu erkaufen.¹⁵ So würde Hugo Chávez nicht die Einigung Lateinamerikas voranbringen, sondern ganz im Gegenteil zu einer Spaltung des Kontinents führen.

Das Gleichgewicht des Universums als pluripolare Welt

Die bolivarianische Idee einer Einigung Lateinamerikas und gleichzeitiger Profilierung als internationaler Machtblock steht über den Kontinent hinaus für den Aufbau einer multipolaren Welt. Dies

Venezuela hat mittlerweile beträchtlichen **EINFLUSS** innerhalb Lateinamerikas.

bedeutet im Sinne eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ die radikale Veränderung des aktuell von einem nach wie vor von den USA und verbündeter Mächte beherrschten imperialistischen Systems hin zu einer multipolaren Machtstruktur mit mehreren verschiedenen, gleichwertigen, sich respektierenden Machtzentren, was in der chavistischen Interpretation von Bolívars Worten dem „Gleichgewicht des Univer-

sums“ entspricht. Hier sieht sich Chávez in der Tradition Venezuelas als Stimme in der Süd-Süd-Kooperation, wenn im neuen Regierungsprogramm 2013-2019 etwa zu finden ist, dass Venezuela sich der asiatischen Asean oder der afrikanischen Ecowas annähern möchte, oder Foren zwischen Lateinamerika und afrikanischen bzw. arabischen Staaten neue Impulse erhalten sollen.¹⁶

Auch die Beziehungen zu den BRICS-Staaten sollen verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist der Aufbau strategischer Beziehungen mit den Mächten Russland und China von Bedeutung, auch, um sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der USA hinsichtlich der Ölexporte zu befreien. Mit Russland wurde erst im Juni 2012 eine Reihe von Abkommen in verschiedenen Bereichen wie Energie, Agroindustrie, Handel, Wohnungsbau, aber auch im militär-technischen Bereich erneuert und überholt.¹⁷ Mit China existieren Fonds in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar, für die sich Venezuela mit zukünftigen Öllieferungen verschuldet hat. Die Abkommen betreffen chinesische Investitionen in verschiedenen Bereichen ähnlich der russischen Zusammenarbeit sowie gezielte Investitionen in die Ölindustrie und Infrastruktur.¹⁸ Wird vor allem in der chinesischen Zusammenarbeit über wirtschaftlichen Sinn und Unsinn der Abkommen diskutiert und mit Russland die militärische Kooperation mit einiger Skepsis beobachtet, wird von der „internationalen Gemeinschaft“ – die nach der ideologischen Ausrichtung Venezuelas ja gerade das imperialistische System vertritt – vor allem die demonstrative „Freundschaft“ mit Staaten wie Iran, Weißrussland, Syrien oder – vor Gaddafis Fall – Libyen kritisiert.

Die Zusammenarbeit mit Iran und Weißrussland bewegt sich etwa in denselben Gebieten wie mit Russland und China, also in den Bereichen Industrie, Infrastruktur oder Wohnungsbau. Es werden auch Kooperationen im Bereich Waffentechnologien vermutet. Diese, bewusst die USA provozierenden Allianzen werden dort entsprechend der politischen Überzeugung interpretiert, wofür exemplarisch der demokratische Präsident Barack Obama und sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney stehen. Macht Obama im Juli 2012 klar, er sehe keine Bedrohung aus Venezuela für die nationale Sicherheit, antwortete Romney – man vermutet nicht zuletzt aus wahlkampfaktischen Gründen – er fände die Aussagen von Obama „verblüffend“ und „schockierend“ hinsichtlich des schädlichen Einflusses von Chávez auf die Nachbarstaaten und die Welt, wobei er auch die Beziehungen zu Iran erwähnte.¹⁹

Jenseits der Diskussion, ob diese Verbindungen nun tatsächlich gefährlich sind oder nicht, ist die Frage interessant, wie Venezuela Bündnisse mit Ländern eingehen kann, in denen innenpolitische Zustände herrschen, die den Vorstellungen des Landes gänzlich widersprechen müssten. In der linken Ausrichtung wird im chavistischen Venezuela etwa die Gleichstellung der Frau betont, die Rechte von Minderheiten wie der landeseigenen indigenen Bevölkerung in die neue Verfassung eingefügt und die internationale Anerkennung der durchgeführten Wahlen als frei und fair gilt für das Regime als wichtige Legitimitätsgrundlage – neben der revolutionären Logik.²⁰ Doch genau diese rechtfertigt eben nicht nur die Verbindung zu solchen Staaten, in denen Frauen unterdrückt, Minderheiten verfolgt und Wah-

len gefälscht werden, die sich aber gegen die USA stellen, vielmehr stellt es für Venezuela eine Notwendigkeit dar, sich mit den „Feinden des Feindes“ zusammenzuschließen, um sich Verbündete zu schaffen. Die Betonung des gegenseitigen Respekts zwischen den Ländern ist nach dieser Auffassung die gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, damit jedes Land selbst seinen eigenen Weg finden kann. Diese Argumentation sowie der Hinweis, dass niemand die strategischen Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien kritisieren, wo ebenso wenig westliche Demokratie- oder Frauenrechtsstandards gelten, mögen nicht in der chavistischen Ideologie Verankerte weiterhin schwerlich überzeugend finden.

Venezuela sucht internationale **VERBÜNDETE** mit anti-amerikanischer Haltung.

Eine alternative Außenpolitik?

Die Ziele Venezuelas zur Einigung Lateinamerikas wider den nordamerikanischen Einfluss und zur internationalen Diversifikation der Ölexporte weg von den USA als hauptsächlichem Abnehmer venezolanischen Öls sind vor dem Hintergrund der Historie des Landes und des Kontinents als außenpolitische Strategie zu verstehen. Sie stehen den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der USA entgegen, sind aber deswegen nicht weniger rational. Dass dieses soft-balancing gegen die

USA Erfolge aufweist, lässt sich an den zuvor genannten Entwicklungen nachzeichnen.

Global gesehen kann man die venezolanische Sichtweise einer multipolaren Welt einerseits als durchaus fortschrittlich bezeichnen, denn eine Welt verschiedener Machtzentren ist ja nicht nur ein Wunschdenken Venezuelas, das aus der ideologischen Gegnerschaft zu den USA hervorgeht. Vielmehr befinden wir uns real auf dem Weg dorthin, und beispielsweise der Aufstieg Chinas als Supermacht sowie der schrumpfende Einflussbereich der USA sind schon seit langem nicht nur in der Politikwissenschaft ein Thema, sondern in den tagtäglichen Medien. Vor diesem Hintergrund ist ein Engagement Venezuelas vor allem auch im Bereich der Süd-Süd-Kooperation zum unterstützenden Aufbau einer nachhaltigen internationalen Governance-Struktur durchaus wünschenswert. Doch global gesehen scheint die ideologische Einfärbung der venezolanischen Außenpolitik an ihre Grenzen zu stoßen und sich selbst im Weg zu stehen. Denn letztendlich steht hinter dem Ruf einer multipolaren, gerechten, gleichberechtigten Welt eine höchst bipolare Überzeugung von zwei Blöcken: Zum einen die Länder, die mit den USA verbündet sind und unterentwickelte Länder in neokolonialer, neokapitalistischer Systematik ausbeuten, zum anderen die Länder, die diesen „Imperialismus“ herausfordern. Auch wenn sich Mächte wie China, Russland, Indien oder auch Brasilien schwerlich in dieses Muster einordnen lassen, ist es doch eine Bipolarität und keine Multipolarität, die in den Diskursen von Hugo Chávez und seiner Regierung durchkommt. Es erinnert mehr an einen Sozialismus des 20. denn des 21. Jahr-

hunderts, wenn Chávez in revolutionärer Logik vom „Feind“ spricht, den es zu „bekämpfen“ gilt. So mag man aus linker Perspektive die Kritik Venezuelas an globalen Mechanismen im Umgang der mächtigen mit weniger mächtigen Staaten durchaus nachvollziehen, der Politik Venezuelas, diesen Mechanismen mit fragwürdigen Allianzen entgegenzutreten, steht man dann aber doch mit Unverständnis gegenüber.

Doch bei alledem muss man sich natürlich klarmachen, auch wenn Venezuela innerhalb Lateinamerikas dank des Ölreichtums, verbunden mit der anti-amerikanischen Ideologie, Einfluss besitzt, ist es doch global gesehen eine Mittelmacht mit begrenztem Gewicht. Und das Befeuern von alternativen Diskursen und Diskussionen in internationalen Foren muss eine Welt auf dem realen Weg zu einer multipolaren Ordnung aushalten können, solange durch Taten gewisse Grenzen nicht überschritten werden – auch wenn es manch einen an einen Comic-Strip erinnern mag. ///



/// ISABELLA HERMANN

ist Doktorandin an der Johann Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt im Bereich Internationale Beziehungen und Promotionsstipendiatin der HSS.

Anmerkungen

¹ http://articles.cnn.com/2006-09-21/politics/chavez.ny_1_hugo-chavez-foes-president-bush?s=PM:POLITICS, Stand: 21.9.2006.

- ² Der momentane Geschäftsträger der US-Botschaft in Caracas (Venezuela und die USA tauschen momentan keine Botschafter aus), James Derham, sieht die venezolanische Lateinamerikapolitik vom Interessensstandpunkt der chavistischen Regierung aus als unumwunden „successful“, Gespräch mit der Autorin am 25.6.2012.
- ³ Im Jahr 2000 wurde nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung erneut gewählt.
- ⁴ Siehe für die offiziellen Zahlen die Website des venezolanischen „Consejo Electoral Nacional“, der für die Durchführung der Wahlen zuständigen Behörde: http://www.cne.gob.ve/resultado_presidencial_2012/r/1/reg_000000.html, Stand: 26.10.2012.
- ⁵ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/groesste-reserven-der-welt-venezuela-hat-das-meiste-oel-11107179.html>, Stand: 21.7.2011.
- ⁶ Romero, Carlos A.: The United States and Venezuela, in: The unraveling of representative democracy in Venezuela, hrsg. von Jennifer McCoy und David J. Myers, Baltimore / London 2004, S. 130-151.
- ⁷ Wehner, Leslie / Georgi, Richard: Chávez vor der Wiederwahl, Giga Focus 9/2012.
- ⁸ López Maya, Margarita: Zur Geschichte Venezuelas, in: Venezuela heute, hrsg. von Andreas Boeckh, Friedrich Welsch und Nikolaus Werz, Frankfurt am Main 2011, S. 27-50.
- ⁹ Welsch, Friedrich / Werz, Nikolaus: Staatsstreich gegen Chávez, Brennpunkt Lateinamerika 7/2002.
- ¹⁰ Lapper, Richard: Living with Hugo: US Policy Towards Hugo Chávez's Venezuela, hrsg. vom Center for Preventive Action, Washington, D.C. 2006.
- ¹¹ <http://www.avn.info.ve/contenido/ram%C3%ADrez-pdvs-a-diversifica-su-mercado-y-contin%C3%BAa-vendiendo-crudo-eeuu>, Stand: 20.8.2012.
- ¹² Besondere Bekanntheit erlangte der Programmpunkt „Ärzte gegen Öl“, bei dem Kuba venezolanische Öllieferungen damit begleicht, dass kubanische Ärzte in von Hugo Chávez geschaffenen „Missionen“ in verarmten Gegenden Venezuelas arbeiten.
- ¹³ Ellner, Steve: Latin America Unity Takes Center Stage at Cartagena Summit, in: Nacla report on the Americas, Summer 2012.
- ¹⁴ Corrales, Javier: Using social power to balance soft power: Venezuela's foreign policy, in: The Washington Quarterly, 32 (4)/2009, S. 97-114.
- ¹⁵ Romero, Carlos A. / Curiel, Claudia: Venezuela: política exterior y rentismo, in: Cuadernos Prolam 1/2009, S. 39-61.
- ¹⁶ <http://www.chavez.org.ve/programa-patria-venezuela-2013-2019/#.UDPVl6DAHy1>, Stand: 11.6.2012.
- ¹⁷ Chávez y Putin revisan acuerdos militares, in: El Universal, 27.6.2012, S. 1-4.
- ¹⁸ Enríquez, Jocelyn: China y Venezuela: alianza estratégica o hegemónica?, in: Democracia, paz y desarrollo, hrsg. von Edmundo González Urrutia, i.E., S. 185-199.
- ¹⁹ <http://go.bloomberg.com/political-capital/2012-07-11/obama-chavez-no-serious-threat-romney-stunning-shocking/>, Stand: 11.7.2012.
- ²⁰ Allerdings wird vor allem von den USA und der OAS die Menschenrechtslage im Land, hauptsächlich bezüglich der Zustände in venezolani-

schen Gefängnissen und im Umgang mit Anhängern der Opposition, kritisiert, siehe z. B.: <http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2010/wha/154523.htm>, Stand: 8.4.2011. Dies wird von Venezuela als politisch motivierte, strategische Denunziation aufgefasst.



Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.:
DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?
München: Olzog Verlag, 2012,
416 Seiten, € 34,90.

/// Die LINKE

IMMER NOCH SMART ODER SCHON GESCHEITERT?

Im Jahr 2008 legten Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang einen Band über DIE LINKE vor, der Geschichte, Programmatik und Struktur der neuen Partei, die erst ein Jahr zuvor aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG entstanden war, überzeugend analysierte. Ihre Kernthese lautete: Der „smarte Extremismus“ dieser Partei sei für ihre Attraktivität im Linksaußen-Lager verantwortlich – und das war ein Jahr vor dem großen Wahlerfolg, der DIE LINKE

mit 11,9 % der Zweitstimmen in den Bundestag brachte. Im Herbst 2012 ist die Perspektive eine andere: Jetzt lautet die Leitfrage, ob DIE LINKE eine „gescheiterte Partei“ ist. Das Buch zeigt: Im Jahr vor der Bundestagswahl 2013 steht DIE LINKE vor großen internen Problemen; ihre Zukunftsaussichten sind deutlich schlechter als vor vier Jahren.

Die Autoren haben ihren Band aus dem Jahr 2008 aktualisiert und deutlich erweitert. Dabei wurde die Grundstruk-

tur beibehalten, der Text an vielen Stellen überarbeitet und um einige neue Abschnitte ergänzt. Der Aufbau erleichtert es insbesondere den Nutzern, die rasche Information zu einzelnen Fragen suchen, an Material zu kommen. So folgen auf ein Einleitungskapitel vier Abschnitte, die sich mit der Geschichte der PDS sowie der WASG und dem Zusammenschluss und dem Agieren DER LINKEN in den letzten fünf Jahren befassen. Es folgen ein Kapitel über die Ergebnisse bei Wahlen sowie ein Abschnitt über die PDS und DIE LINKE im Parteiensystem. Einem nützlichen Teil über Organisation, Strategie und Programmatik folgt ein Kapitel über die Behandlung beider in den Verfassungsschutzberichten. Nach einem Kapitel mit biographischen Porträts finden sich eine Gesamtwürdigung sowie ein Literatur-, ein Personen und Autorenverzeichnis. Damit wird ein hoher Nutzwert gerade für die politische Bildung erreicht. Eine separate Chronologie böte für Nicht-Fachleute einen zusätzlichen Mehrwert.

Erneut gelingt es Jesse und Lang, eine hochaktuelle, glänzend recherchierte und flüssig geschriebene Analyse vorzulegen, die einen hohen Stand der Forschung dokumentiert. Nach wie vor wird bei der Partei ein „smarter Extremismus“ konstatiert – und nach wie vor macht die fundierte Analyse ihrer Programmatik und vor allem ihrer Binnenstruktur deutlich, wie problematisch DIE LINKE heute in der Welt der repräsentativen Demokratie ist. Auch wenn sie offenbar Ende 2012 nicht mehr „smart“ genug ist, um große Mengen an Protestwählern anzuziehen, so bleibt sie für ein linksextremistisches Segment der Wählerschaft interessant genug, um als Vehikel für den Einzug in Parlamenten dienen zu können. Allerdings scheint

es nicht mehr ausgeschlossen zu sein, dass sich die Partei spaltet, was ihre Wahlchancen in den alten Ländern fast auf Null bringen könnte.

Dabei ist für die Analyse wichtig, dass die internen Divergenzen sich nicht nur auf West-Ost-Gegensätze reduzieren lassen. Die Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten und radikaleren Teilen der Partei lassen sich zumeist an einzelnen Strukturen und Personen fest machen. Aber auch hierbei spielt oftmals Taktik eine Rolle. Schon bei der PDS wollten die „Reformer“ die Partei bündnisfähig mit der SPD machen, aber dennoch das Stellen der „Systemfrage“ nicht aufgeben (S. 79), was später Oskar Lafontaine sowohl WASG wie PDS quasi als Leitmelodie vorgab (S. 107). Allerdings fanden insbesondere Traditions-kommunisten in den letzten Jahren über die WASG verstärkt Eingang in DIE LINKE und konnten die Parteilinie überproportional mitbestimmen. Es ist ein großes Verdienst der Studie, dass der wahltaktische Sozialpopulismus der Führung immer wieder mit dem Agieren innerparteilicher Gruppierungen kontrastiert wird, die offen extremistisch sind. Die „Kommunismus-Debatte“ Anfang 2011 machte vor aller Augen sichtbar, an welche Klientel sich führende Exponenten der Partei wenden müssen, um ihre Mobilisierungswirkung nicht gänzlich zu verlieren. Insofern ist die Führungskrise logisch. Die beiden Ausgangsparteien PDS und WASG, so Jesse und Lang, waren gemäßiger als DIE LINKE. Die „Lafontainisten“ hätten Oberwasser bekommen, die „Reformer“ gaben klein bei. Sarah Wagenknecht ist quasi „in der Mitte der Partei angekommen“ (S. 147). Ein Teufelskreis kam in Gang: „Der radikale Populismus und die ostentative Systemgegnerschaft

erwiesen sich zunächst unter Lafontaine als Erfolgsrezept, verpufften dann angesichts einer veränderten politischen Konjunktur.“ (S. 169) Die Bruchstellen liegen offen zutage – aber kurzfristig werde DIE LINKE „als Zweck- oder Schicksalsgemeinschaft ohne programmatische Mitte weitermachen“ (S. 170). Nach der Bundestagswahl 2013 wird sich diese Frage aber wieder stellen – dann könnte die gescheiterte Partei nur noch als Regionalpartei des Ostens weiter existieren.

GERHARD HIRSCHER

Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg): *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, 302 Seiten, € 19,99.



Junge, Christian: *Sozialdemokratische Union Deutschlands? Die Identitätskrise deutscher Volksparteien aus Sicht ihrer Mitglieder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, 310 Seiten, € 39,95.



Die sozialdemokratische Parteienfamilie befindet sich in einer tiefen Krise. Vom Aufbruch am Anfang des 21. Jahrhunderts, dem Hype um die Wahlsieger Tony Blair und Gerhard Schröder sowie dessen „Papier“ ist kaum mehr etwas zu spüren. Auch in Zentral- und Osteuropa zeichnen sich ähnliche Tendenzen ab, besonders drastisch mit dem Glaubwürdigkeitsverlust der ungarischen sozialdemokratischen MSZP. Ist der Niedergang, der sich in sinkenden Mitgliederzahlen, verlorenen Wahlen und einem strategischen Defizit manifestiert, Teil der viel diskutierten „Krise der Volksparteien“ oder eher ein Problem der Sozialdemokratie an sich? Ersterem Sammelband der Göttinger Truppe um den

medial bekannten und exzellent schreibenden Franz Walter, die der SPD in kritischer Weise nahesteht, kommt der Verdienst zu, sich vom oftmals verengten deutschen Kontext zu lösen und die Diskussion auf die europäische Ebene zu heben. Auch berücksichtigt er in individuellen Porträts nicht nur Länder Westeuropas, sondern mit Polen und Ungarn das immer noch häufig außen vor gelassene Ostmitteleuropa und sogar etwas exotisch Australien und Neuseeland.

Obwohl die Länderauswahl nicht ganz klar wird, lassen sich wichtige Erkenntnisse ermitteln, etwa: „Die potenziellen Wählerschichten der demokratischen Linken in Europa sind kulturell segmentiert, sozial zerklüftet, politisch dadurch gespalten“ (S. 274). So ist der Begriff der Arbeiterpartei längst ein Mythos. Vielmehr sind die europäischen Sozialdemokraten Parteien des öffentlichen Dienstes oder der Pensionisten, da sie von Über-60-Jährigen dominiert werden. Dazu kommt ein Personalproblem. Im unverwechselbaren Franz-Walter-Stil heißt es: „Charismatische Anführer, kantige Flügelexperten und unverwechselbare Köpfe bringen die Parteien kaum noch hervor, stattdessen überwiegen ... austauschbare Karrierepolitiker, mittige Vermittlungsexperten und wankelmütige Umfragekonsumenten“ (S. 279). Wie schwerwiegend dieser Faktor ins Gewicht fällt, zeigt Melani Barlai am Fall „Ungarn“. Dort übernahm der hölzerne Technokrat und Multimillionär Ferenc Gyurcsány, als kommunistischer Jungfunktionär auf dubiose Weise zu einem Vermögen gekommen, Parteivorsitz und Ministerpräsidentenamt. Im März 2009 musste er seine Ämter niederlegen, nachdem seine „Lügenrede“ öffentlich bekannt wurde. Bei einer internen Sitzung hatte

er zugegeben, die Staatsverschuldung vor den Parlamentswahlen (die er gewann) bewusst verschwiegen zu haben. In seinen vulgären Worten ausgedrückt: „Wir haben es verschissen!“ Mittlerweile hat Gyurcsány die Partei verlassen und eine eigene Partei ins Leben gerufen. Strategisch setzen die Sozialdemokraten vermehrt den Schwerpunkt auf neue Partei-Reformideen von außen wie die Offenheit auch für Nichtmitglieder und verstärkte Mitgliederpartizipation, ein Trend in allen Parteien im Windschatten der „Piraten“.

Den Blick der Mitglieder auf die Volksparteien hat Christian Junge in seiner Dissertation im Visier. Zwei Hauptfragen standen dabei im Mittelpunkt: Erstens, ob die Mitglieder von CDU und SPD heute noch in der Lage sind, problemlos zu benennen, was die eigene Partei im Kern ausmacht und zweitens, welche Konsequenzen für die emotionalen Parteibindungen der Mitglieder und die innerparteiliche Partizipation entstehen, wenn sie die erste Frage nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht mehr beantworten können (S. 15 f.). Dazu hat Junge zwischen März und August 2007 je 15 (!) Mitglieder von CDU und SPD interviewt. Sein Urteil fällt folgendermaßen aus: „In der Wahrnehmung beider Mitgliedergruppen ... vollzieht sich ... [eine] Annäherung der beiden Großparteien“ und „in konkreten Politikfeldern fällt es der Mitgliedschaft zunehmend schwer, markante Differenzlinien zu ziehen“ (S. 240). Einen Beleg für nachlassende innerparteiliche Aktivität, der sich ursächlich auf diesen Befund zurückführen lassen könnte, fand Junge aber nicht (S. 242). Freilich kann dieser Befund als wenig revolutionär gelten, wenn ganze 30 Mitglieder befragt werden.

Sicherlich hat sich die Union in manchen wichtigen Punkten an Positionen anderer Parteien angenähert oder sie mittlerweile übernommen. Man denke etwa an die Energie- und Gleichstellungspolitik, mit Blick auf Frauenquoten oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wer sich aber beispielsweise die jüngsten Beschlüsse der SPD zur Steuer-, Finanz- und Europapolitik oder zur direkten Demokratie ansieht, wird sehr deutliche Unterschiede zwischen der CDU und der SPD feststellen. Aufgrund der geringen Fallzahl kann sich die von Junge behauptete Identitätskrise nicht manifestieren. Der Autor einer Arbeit aus dem akademischen Elfenbeinturm wäre lieber einmal in einen Ortsverband zu einem gemütlichen Beisammensein gefahren, um sich ein besseres empirisches Bild zu verschaffen. In der Tat fällt die Polemik in der Volksparteiendiskussion auf, die medial oder per Feuilleton geführt wird. Sie wird entweder verengt, auf Deutschland geführt oder eben ohne empirische Stichhaltigkeit. Der Sammelband zur europäischen Sozialdemokratie zeigt immerhin, welche Probleme wirklich zutreffen. Diese finden aber zuvorderst für die Nachfahren der Arbeiterparteien Anwendung, nicht in diesem Maße für die konservativen und christdemokratischen Konkurrenten.

FLORIAN HARTLEB

Almendinger, Jutta:
Schulaufgaben – Wie wir das
Bildungssystem verändern müs-
sen, um unseren Kindern gerecht
zu werden. München: Pantheon
Verlag, 2012, 304 Seiten,
€ 14,99.



Die bekannte Bildungssoziologin und Arbeitsmarktforscherin hat in ihrem neuen Buch in gekonnter Form den bildungsbiographischen mit dem bildungs- und sozialpolitischen Ansatz verknüpft. Im ersten Teil stehen die Bildungsbiographien von zwei Mädchen (Jenny und Laura) und zwei Jungen (Alexander und Erkan) im Mittelpunkt. Im zweiten Teil (Kapitel 8-12) werden Antworten auf die Zukunftsfrage „Wie müssen wir das Bildungssystem verändern?“ gegeben.

Markant für das neue Werk der Autorin sind kurze, prägnante Formulierungen, die einen hohen Aufforderungscharakter haben und sehr eingängig sind. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass sie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft den begehrten „Communicator-Preis“ erhalten hat.

Kindertageseinrichtungen werden vergleichsweise schwach finanziert. Es gibt erhebliche regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern und den Gemeinden. Von einer einheitlichen Finanzierung auf Bundesebene und innerhalb der Länder kann keine Rede sein. Die Eltern können die Vielfalt kaum

durchschauen. Das Kindeswohl steht dabei nicht im Mittelpunkt. Wofür müssen wir sorgen? Entscheidend ist, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder von Migranten ebenso häufig und ebenso lange wie andere Kinder qualitativ gute vorschulische Angebote nutzen. Allmendinger betont nachdrücklich: „Nur wenn wir von Anfang an viel für unsere Kinder tun, sorgen wir für einen festen Boden unter ihren Füßen und geben ihnen Halt für ihr Leben. Chancengleichheit ist ein wichtiges Ziel, gerade in diesen Tagen. Doch der bedingungslose Schutz vor Bildungsarmut steht auf Platz eins unserer Hausaufgabenliste.“

Jutta Allmendinger macht auch wiederholt deutlich, was sie ärgert, und stellt Fragen: Warum zieht man aus den guten Schulen keine Lehren? Warum gibt man gerade Kindern in benachteiligten Gegenden nicht Mentoren an die Hand, die für sie so wichtig wären? Warum werden die Schulen, die den Deutschen Schulpreis erhalten haben in der jeweiligen pädagogischen Konzeption nicht stärker beachtet?

Sehr viel Lob und besondere Anerkennung erhält das finnische Bildungssystem. Finnland vermittelt gute Bildung für alle, das Bildungssystem ist inklusiv. Finnland weist eine geringe „Bildungsarmut“ auf. Beachtlich ist der „Bildungsreichtum“ in Finnland und finnische Schulen sind sogar „resilient“. Zusammenfassend kann man feststellen: Finnlands Schulen „always one ahead“. Darüber hinaus ist das Qualifikationsniveau der finnischen Lehrerinnen und Lehrer besonders hoch. Außerdem ist das finnische Bildungssystem stark dezentral organisiert, d. h., viele bildungspolitische und sozialpolitische Entscheidungen erfolgen auf Gemeinde-

ebene. Das derzeitige deutsche Bildungssystem, so die Einschätzung der Autorin, kann man als Kontrastmodell sehen. Auch funktioniere der „Bildungsförderalismus“ in Deutschland nicht. Die Autorin sieht drei Probleme in Bezug auf die Bildungspolitik: „Leistung wird ungerecht bewertet. Chancen werden ungerecht verteilt und absolute Bildungsarmut wird nicht verhindert.“

Für die Zukunft des deutschen Bildungssystems ergeben sich zwei zentrale Probleme: Wir müssen den Umgang mit Vielfalt erlernen „und das Menschenrecht auf inklusives Lernen“ ernsthaft diskutieren. Die Schlussfolgerung lautet: „Unser Schulsystem lässt zu viele zurück und schafft einen hohen Sockel von Bildungsarmut. Wir nutzen nicht unsere Potenziale. Und wir vernachlässigen sogar die Exzellenz“ – Finnland „always one ahead“.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT



Müller, Andreas Th. /
Troy, Jodok: Ein Mann,
der wurde, was er
konnte: Dag Hammarskjöld zum 50. Todestag.
Berlin: Verlag Duncker
& Humblot, 2012, 176
Seiten, € 68,00.

Im Jahre 2011 jährte sich der Todestag Dag Hammarskjölds, des zweiten Generalsekretärs der Vereinten Nationen, zum 50. Mal. Unter ungeklärten Umständen war der schwedische Diplomat in der Nacht vom 17. zum 18. September 1961 auf dem Gebiet des heutigen Sambia mit dem Flugzeug abgestürzt. Zu Ehren Hammarskjölds fand an der Universität Innsbruck im Oktober 2012 eine interdisziplinäre Tagung statt, deren Ergebnisse jetzt in Buchform erschienen sind, herausgegeben von den Innsbrucker Wissenschaftlern Andreas Th. Müller und Jodok Troy.

Den eigentlichen Beiträgen sind Geleitworte vom aktuellen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und vom schwedischen Außenminister Carl Bildt vorangestellt. Ban Ki-Moon zeigt auf, in welcher entscheidenden Weise Hammarskjöld die jetzige Peacekeeping-Struktur der Vereinten Nationen mit aufgebaut hat. Bildt verweist darauf, dass die charismatische Persönlichkeit Hammarskjölds die Marginalisierung der UN im sich verschärfenden Kalten Krieg durch Kreativität und Entschlossenheit verhindert und deren Instrumente flexibel erweitert hat.

Im ersten von drei Hauptteilen werden die bleibenden Verdienste des UN-Generalsekretärs in Bezug auf die Struktur der Organisation und seines Amtes dargestellt – unter Berücksichtigung dessen besonderer Sozialisation. Daran schließt ein Teil an, der die politischen Leistungen Hammarskjölds in konkreten Situationen würdigt. Im Schlussteil werden die geistigen Einflüsse dargestellt, die Hammarskjöld die Kraft gaben, in der polarisierenden Epoche des Kalten Krieges eine überparteiliche, neutrale, aber dennoch prinzipiengeleitete Führungsrolle durchzuhalten.

Frederik Löjdquist, schwedischer Gesandter in Wien, zeigt, dass Hammarskjöld eine typische Tradition skandinavischer Staatsmänner repräsentierte, die den Neutralitätsgedanken professionell repräsentierten. Einige seiner väterlichen Vorfahren dienten dem Land als Offiziere und Diplomaten. In diesem Geiste gelang es Hammarskjöld, die Rolle des Generalsekretärs auf internationaler Ebene gegen zahlreiche Widerstände auf Seiten der Supermächte zu festigen. Im Rahmen der UN-Charta weitete er dessen Mandate erheblich aus. Er initiierte die erste Friedens- und Polizeitruppe der Vereinten Nationen im Rahmen der Suezkrise von 1956 und schuf ein bis heute relevantes System an Peacekeeping-, Konfliktpräventions- und Konfliktlösungsinstrumenten, so Löjdquist.

Europarechtler Andreas Th. Müller zeigt, wie tief Hammarskjölds politisches Denken und Handeln im Völkerrecht verwurzelt war. Durch seine kompromisslosen Initiativen habe der Generalsekretär das Recht, „die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf jede Angelegenheit [zu] lenken, die nach seinem Dafürhalten geeignet ist, die Wahrung

des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden“, erheblich gestärkt. Bewusst habe er die Probleme kleinerer, relativ machtloser Staaten im Blick gehabt sowie den Prozess der Entkolonialisierung begleitet. Besonderes politisches Profil zeigte er, so Müller, unter anderem im Nachgang des Korea-Krieges, als es ihm gelang, amerikanische Piloten aus chinesischer Gefangenschaft zu befreien sowie im Rahmen des Kongo-Konflikts, wo er es schaffte, einen Stellvertreterkrieg zwischen den Supermächten zu verhindern. Allerdings gab es in diesem Fall Probleme mit den Blauhelmen, die aktiv in den Konflikt hineingezogen wurden und die Neutralität nicht wahren konnten. Dennoch: Hammarskjöld sah sich als „international civil servant“ und wollte „politisch zölibatär“ bleiben, eine interessante Vorstellung.

Dass der schwedische Diplomat aufgrund bestimmter ethischer Prägungen in hohem Maße zu unparteilichem Denken befähigt war, stellt der politische Ethiker Jodok Troy in seinem Beitrag klar. Die christlichen Begriffe des Dienens sowie der Opferbereitschaft hätten im Zentrum des Denkens Hammarskjölds gestanden. Im Sinne eines „säkularen Papstes“ habe sich der UN-Generalsekretär als Brückenbauer für die Menschheit gesehen, und dies nicht in übertrieben pathetischem Sinne. Neben seiner politischen Aktivität hat sich Hammarskjöld auch vertieft transzendentalen Sinnfragen gewidmet. Sein Tagebuch „Zeichen am Weg“ zeigt das Bild eines nachdenklichen Menschen, der versuchte, das Leben zu durchschauen. Wie Clemens Sedmak, Sozialethiker aus London, herausarbeitet, hat sich Hammarskjöld intensiv mit der transzendentalen Dimension des Da-

seins auseinandergesetzt und den Begriff der „tiefen Politik“ geprägt. Sein ungeklärter Tod passt geradezu perfekt in das dem Mystischen zugetanen Leben des Diplomaten hinein.

In Zeiten, in denen die Darstellung von Politik deren inhaltliche Substanz oft dominiert, ist eine Rückbesinnung auf die Person Dag Hammarskjölds besonders empfehlenswert. Denn „der Mann, der wurde, was er konnte“, gab alles, was er hatte – für die Verwirklichung seiner politischen Vision. Es ist das Verdienst dieses Tagungsbandes, die vielen Facetten dieses Diplomaten ergründet zu haben. Er ist für zeitgeschichtlich Interessierte ebenso zu empfehlen wie für politische Praktiker und Vertreter völkerrechtlicher Disziplinen.

CHRISTOPH ROHDE



Ratka, Edmund / Spaiser, Olga A. (Hrsg.): *Understanding European Neighbourhood Policies. Concepts, Actors, Perceptions.* Baden-Baden: Nomos, 2012, 373 Seiten, € 59,00.

Ein „Ring von Freunden“ – dieses Ziel hat sich die Europäische Union (EU) für die Gestaltung der Beziehungen zu ihrer Nachbarschaft auf die Fahnen geschrieben. Der „Arabische Frühling“ lenkte die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit jüngst auf die südliche Flanke

der Anrainerstaaten. Aber auch der Osten verliert nicht an Relevanz, wie der Krieg im Kaukasus, die umstrittene Inhaftierung der ehemaligen Regierungschefin Julia Timoschenko in der Ukraine oder das Fortbestehen der letzten Diktatur Europas in Weißrussland belegen. Der von den Politikwissenschaftlern Edmund Ratka und Olga A. Spaiser herausgegebene Band untersucht beide geographischen Dimensionen der europäischen Nachbarschaftspolitik und geht dabei bewusst über die 16 Zielländer der offiziellen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) hinaus. Berücksichtigung finden zu Recht auch der Schlüsselstaat Russland, „Europe's other“ (S. 252), sowie wichtige „far-away neighbours“ (S. 287) bzw. „Nachbarn der Nachbarn“ wie die Golfregion und Zentralasien.

Der umfangliche Sammelband mit insgesamt 19 Beiträgen plus zweier lezenswerter Einführungen der beiden Herausgeber und des Reihenherausgebers Werner Weidenfeld ist in vier thematische Abschnitte unterteilt: Den Auftakt bilden methodisch-konzeptionelle Überlegungen zur Analyse europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Autorinnen und Autoren des Bandes greifen wiederholt auf das Analysekonzept der Europäisierung zurück, welches zu Beginn von Müller und Normann in all seinen Dimensionen vorgestellt wird. Weber widmet sich der wichtigen Frage, wie wirksam europäische Nachbarschaftspolitik ohne das effektivste Instrument europäischer Außenpolitik, eine in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft, überhaupt sein kann. Nicht umsonst wurde die ENP zu Beginn als „Erweiterungsvermeidungsstrategie“ bezeichnet. Die Schwierigkeit, die Effektivität europäischer Bemühungen zu mes-

sen, wird in Webers Beitrag aufgegriffen, in den übrigen Artikeln jedoch leider nicht systematisch vertieft. Schulz stellt mit der Strategietheorie ein weiteres Instrument zur Analyse der europäischen Nachbarschaftsbeziehungen, aber auch der EU-Außenpolitik generell vor.

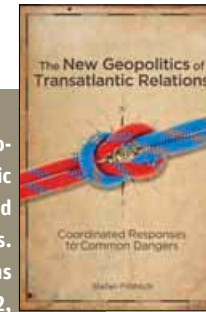
Im weiteren Verlauf wird sowohl die südliche als auch die östliche Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik durchleuchtet. Dabei stehen vor allem die regionalen Ausdifferenzierungen der europäischen Nachbarschaftspolitik in Form der Östlichen Partnerschaft sowie der Union für den Mittelmeerraum und der Schwarzmeersynergie im Zentrum. Die Fallstudien zum „Arabischen Frühling“ (Laïdi), zur Mittelmeerpolitik (Ratka), zum Nahen Osten (Busse und du Plessix), zur Golfregion (Bauer / Rieger), zum Schwarzmeerraum (Homorozean), zu Georgien (Rinnert), zu Russland (Schäffer und Siddi) und zu Zentralasien (Spaiser) liefern ein multiperspektivisches Bild und fokussieren auf die europäische Ebene ebenso wie auf Einzelstaaten oder substaatliche Akteure. Die Artikel von Hahn, Bismarck Coelho, Wunsch, Grotzky und Parmentier im letzten Teil des Bandes greifen die oft umstrittenen Demokratisierungsbemühungen der EU auf, „which is one of the main ‚trans-regional‘ and often contested issues within European neighbourhood policies“ (S. 16). Vor dem aktuellen Hintergrund der Staatsschuldenkrise und knapper Haushalte ist besonders die am Schluss von Parmentier aufgeworfene Frage interessant, ob es zu einem „clash“ of neighbourhoods“ kommen wird, in dem die südlichen und die östlichen Anrainer der EU in einem Nullsummenspiel um europäische Fördergelder ringen werden (S. 356).

Hervorhebenswert ist die theoretische Untermauerung der Beiträge. Die Autorinnen und Autoren bedienen sich vornehmlich einer konstruktivistischen Perspektive und verknüpfen diese gewinnbringend mit Elementen der Außenpolitikanalyse oder dem bereits angesprochenen Analyseinstrument der Europäisierung. Dass nicht alle Beiträge den theoretischen Anspruch erfüllen können, schadet zwar der Kohärenz des Bandes, tut der Qualität der Einzelstudien jedoch wenig Abbruch. Trotz der theoretischen Fundierung verlieren die überwiegend jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Praxis der europäischen Nachbarschaftspolitik nicht aus dem Blick und geben teils sehr konkrete und implementationsorientierte Empfehlungen. Bis auf wenige Ausnahmen gelingt somit in den Beiträgen die Verbindung aus fundierter Theorieperspektive und kenntnisreicher Politikanalyse.

Die Lektüre des Bandes ist ein Gewinn für alle, die sich für Planung, Praxis, Probleme und Performanz der Beziehungen zu Europas Nachbarschaft interessieren. Das Buch kann aber darüber hinaus auch denjenigen empfohlen werden, die sich mit europäischer Außen- und Sicherheitspolitik generell sowie mit der Akteursqualität der EU auf internationaler Ebene befassen, denn die europäischen Nachbarschaftsbeziehungen stehen paradigmatisch für die „characteristics, principles, cleavages and challenges of Europe’s international actorness“ (S. 15).

CAROLIN RÜGER

Fröhlich, Stefan: *The New Geopolitics of Transatlantic Relations. Coordinated Responses to Common Dangers.* Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 2012, 324 Seiten, € 45,99.



In Zeiten, in denen sich die globalen Machtverhältnisse neu verteilen, unterliegen auch die transatlantischen Beziehungen einem Wandel. Seit der Beendigung des Kalten Krieges fehlt das verbindende Element, das die strategische Zusammenarbeit begründete. So vertrauen die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union oftmals gegensätzliche Positionen, wenn es um politische oder wirtschaftliche Belange geht. Vermehrt war deshalb von einem Auseinanderdriften der transatlantischen Partner die Rede. Doch welche Ursachen hat diese Kluft, und kann sie künftig wieder geschlossen werden?

Stefan Fröhlich erläutert in seinem neuen Buch „The New Geopolitics of Transatlantic Relations. Coordinated Responses to Common Dangers“ mögliche Lösungsansätze für diese Fragestellungen. Als Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Erlangen-Nürnberg weiß er um die Bedeutung der Partnerschaft dies- und jenseits des Atlantiks für Weltwirtschaft und -politik. Der Autor gibt einen detaillierten Überblick über die geopolitischen, geostrategischen und weltwirtschaftlichen Herausforderungen, die Washington und Brüssel zu bewältigen haben.

Dabei arbeitet er jeweils gemeinsame Interessen, aber auch divergierende Ansichten innerhalb beider Regierungen heraus.

Die zu stemmenden außenpolitischen Problemlagen sind oftmals ähnlich; diese werden jedoch unterschiedlich reflektiert. Als Beispiel nennt Fröhlich unter anderem das wiedererstarkende Russland. Während die USA Russland als Konkurrenten auf der internationalen Bühne betrachten, stellt Moskau als bedeutender Öl- und Gaslieferant für Europa eher auf regionaler Ebene eine wirtschaftliche und politische Herausforderung dar. Nicht unmittelbar in eigener Reichweite verfolgt Amerika möglicherweise einen konfrontativen Ansatz, um eigene Interessen zu schützen. Die Europäische Union hingegen ist aufgrund wirtschaftlicher Abhängigkeiten nahezu gezwungen, einen versöhnlicheren Weg gegenüber Russland einzuschlagen.

Auch im Mittleren Osten und Nordafrika identifiziert Fröhlich gemeinsam verfolgte Interessen. So wollen sowohl die USA als auch die EU Hilfe zur Selbsthilfe in der Region leisten. Reformanstöße, die Demokratie in den arabischen Ländern ermöglichen, aber nicht erzwingen, die Bereinigung des Nahost-Konflikts mit Hilfe einer Zwei-Staaten-Lösung sowie der Aufbau des Irak sind dabei nur drei der zahlreich genannten Motivationen, die Amerika und Europa vereint. Konfliktpotenzial besteht einmal mehr in der Umsetzung dieser Interessen. Um diese Differenzen beizulegen und eine effektive Problemlösung zu gewährleisten, setzt Fröhlich auf gegenseitiges Verständnis und koordinierte Zusammenarbeit.

Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen veränderten sich seit dem

Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 dramatisch. Der Autor stellt dabei die ökonomische Vormachtstellung der westlichen Welt in Frage. Als größte wirtschaftliche Einheit sind Amerika und die EU zwar in der Lage, dieses Potenzial in politische Entscheidungsmacht zu übersetzen, um ein politisches und ökonomisches Zurückfallen zu verhindern. Jedoch empfiehlt es sich für beide, auch hier dem Rat von Fröhlich zu folgen und eine kooperative und koordinierte Wirtschaftspolitik als Gegengewicht zu aufstrebenden ökonomischen Größen wie China oder den BRIC-Staaten zu bilden. Bedeutend ist, als Einheit nach außen aufzutreten und somit keine interne Konkurrenz um den Zugang zu neuen Märkten zuzulassen oder andere strategische Partnerschaften einzugehen, die dem euro-atlantischen Bündnis entgegenstehen.

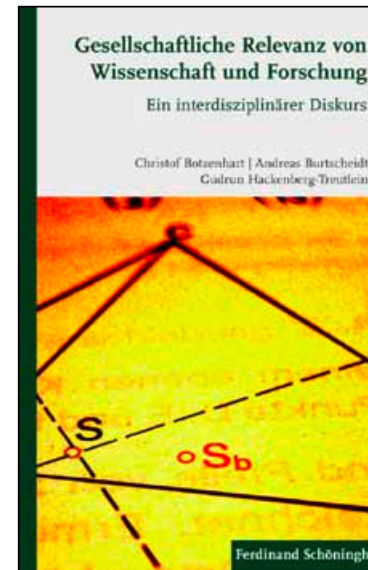
Wie gestalten sich die transatlantischen Beziehungen in der Zukunft? Fröhlich erkennt nach wie vor einen Willen zur Kooperation, betont aber auch das fehlende „Wir-Gefühl“, das beide traditionell verbunden hat. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union unterscheiden sich aktuell in ihren Bedrohungswahrnehmungen, Emotionen und Identitäten. Bei teilweise identischen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen fallen die Reaktionen auf bestehende Herausforderungen daher unterschiedlich aus. Demnach wird das transatlantische Verhältnis künftig von Pragmatismus und Nüchternheit geprägt sein.

Um jedoch eine dauerhafte Zusammenarbeit auch in Zukunft zu gewährleisten, gibt der Autor folgende Handlungsempfehlungen: Die EU, intern fragmentiert, muss zunächst zu einer starken Einheit mit einer Stimme heran-

wachsen. Innere Grabenkämpfe unterbinden eine effektive Handlungsmacht nach außen. Amerika kann zu einer dauerhaft stabilen Partnerschaft beitragen, indem der Nutzen von Kooperationen einmal mehr betont wird. Denn: Die USA und die EU werden künftig bei der Umsetzung ihrer eigenen Vorhaben nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch alle anderen Spieler auf der weltpolitischen Bühne einbeziehen.

Fröhlich ist es mit seinem neuen Werk gelungen, einen detaillierten Überblick über die euro-atlantischen Beziehungen während der Präsidentschaft Obamas zu liefern. Dass jedoch nur in wenigen Passagen die fehlende Einheit Europas deutlich wird, ist wohl dem Umfang geschuldet. Sehr beeindruckend ist aber, dass der Autor nicht nur aktuelle Problemlagen erläutert, sondern gleichzeitig konkrete Anreize gibt, wie beide Parteien ihre Zusammenarbeit verbessern können. Genau diese Hinweise geben dem Werk die gedankliche Tiefe, die es auszeichnet.

SUSANNE WAXENBERGER



Botzenhart, Christof / Burtscheidt, Andreas / Hackenberg-Treutlein, Gudrun (Hrsg.): Gesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft und Forschung – Ein interdisziplinärer Diskurs. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 2012, 416 Seiten, € 16,99.

Der Club der Altstipendiaten e. V. (CdAS e. V.), die Alumnivereinigung der Hanns-Seidel-Stiftung, feierte im Juni 2012 sein 20-jähriges Bestehen. Seine Mitglieder arbeiten vielfach in herausgehobenen Positionen in Politik und Gesellschaft.

Zu diesem Anlass erschien eine Festschrift, die die wissenschaftliche Arbeit der Mitglieder dokumentiert. Die Bandbreite der Themen verweist über den Rahmen dieser Festschrift hinaus auf ein wesentliches Merkmal der CdAS: das breite Interesse ihrer Mitglieder am interdisziplinären Austausch, an Fragen, die über die engen Fachgrenzen hinausgehen, an die Interdependenz von Wissenschaft, Gesellschaft, Politik, Religion und Kultur.

Die Fachbeiträge liefern aber auch ein Bild der erfolgreichen Arbeit der Stif-

tung und zeigen, warum qualifizierte Stipendienprogramme und politische Bildungsarbeit so wichtig sind. Eine reich bebilderte Chronik des Vereins rundet das Werk ab.

JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2012

Heft 441	Die USA vor der Präsidentschaftswahl
Heft 442	Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
Heft 443	Neue Dimensionen des Rechtsextremismus
Heft 444	Ressourcen – zu wertvoll, um sie zu verschwenden?
Heft 445	Regionen richten sich für die Zukunft aus
Heft 446	Agrarpolitik als Gesellschaftspolitik
Themenheft 1/2012	Arbeit und Leben im Einklang

Autor	Titel	Heft	Seite
Aigner, Ilse	Auf den Tisch statt in die Tonne	444	43
Asbeck, Richard	Politische-Studien-Zeitgespräch: Israel und seine arabischen Nachbarn – Der Nahe Osten im Jahr nach dem „Arabischen Frühling“	446	6
Backes, Uwe	Formen und transnationale Netze im Vergleich	443	56
Balleis, Siegfried	Die europäische Metropolregion Nürnberg	445	37
Böhm, Michael	Das ideologische Verständnis von Arbeit im Spiegel der Zeit	TH1/2012	11
Braml, Josef	Amerika wählt	441	34

Autor	Titel	Heft	Seite
Brunner, Helmut	Bayerische Agrarpolitik bleibt modern	446	36
Clinton Rodham, Hillary	Women's breakfast 2012	442	30
Drexler, Markus	Wie China die globale Krise meisterte	446	48
Ebert, Johannes	Politische-Studien-Zeitgespräch: Botschafter Goethe – Deutsche Kultur- und Spracharbeit im Ausland	444	6
Eckstaller, Claudia	Mangelercheinungen in der neuen Arbeitswelt	TH1/2012	64
Endres, Egon	Erfolgsbausteine des Netzmanagements	445	48
Feser, Andreas	Die Wahlrechtsnovelle stärkt die Demokratie	441	66
Fischer, Severin	Die Energiewende in Europa	444	70
Fischler, Franz	Ist ein eigenständiger Weg Bayerns möglich?	446	44
Franke, Silke	Editorial: Das undenkbare	442	3
Franke, Silke	Einführung: Ressourcen – ein globales Thema	444	16
Franke, Silke	Einführung: Motor Metropolregionen: Stadt, Land – im Fluss ...	445	16
Franke, Silke	Einführung: Hans Eisenmann als Vorbild	446	15
Gärtner, Heinz	Wer ist der bessere Präsident?	441	22
Geibler, Justus von	Potenziale technischer Innovationen	444	30
Gfrerer, Anne	Der HVB Frauenbeirat	442	35
Haderthauer, Christine	Freiräume für Lebens- und Arbeitsphasen	TH1/2012	132

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Heckel, Margaret	Bringt die Senioren zurück	TH1/2012	102	Männle, Ursula	Frauen in der Politik	442	24
Heißenhuber, Alois	Agrarpolitik von Eisenmann bis heute	446	17	Magel, Holger	Hans Eisenmann – seiner Zeit voraus und von manchen unverstanden	446	26
Herget, Jürgen B.	Wie viel Neuerungen vertragen Unternehmen wirklich?	TH1/2012	123	Mayer, Tilman	Politische-Studien-Zeitgespräch: Wir brauchen ein demographisches Gesamtkonzept	445	6
Hermann, Isabella	Venezuelas Außenpolitik: radikal oder erfolgreich!?	446	59	Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Superwahljahr 2012	441	5
Hirscher, Gerhard	Einführung: Rechtsextremismus – Hauptgefahr für Sicherheit und Demokratie in Deutschland?	443	14	Meier-Walser, Reinhard	Einführung: Wer tritt gegen Obama an? Die USA vor der Präsidentschaftswahl	441	15
Hildmann, Philipp W.	Bequem wird er nicht: Vorgestellt – Heinrich Bedford-Strohm	441	77	Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Im Westen nichts Neues? Sicherheitsstrategien auf dem Prüfstand	445	3
Holetschek, Klaus	Gesundheitsregion Allgäu	445	30	Mohring, Mike	Junge Menschen braucht die Politik	444	62
Huber, Marcel	Politische-Studien-Zeitgespräch: Marcel Huber – Ein Minister für Umwelt, Gesundheit und „Leben“	442	6	Mortler, Marlene	Landlust	445	19
Jakob, Bernd	Bühne frei: Katar macht sich bemerkbar	445	60	Müller, Emilia	Schritt für Schritt Chancengleichheit – zum Nutzen aller	442	16
Jesse, Eckhard	Rechtsterroristische Strukturen in Deutschland	443	24	Münch-Heubner, Peter L.	Die Salafiyya	444	80
Krause, Joachim	Politische-Studien-Zeitgespräch: Wem die Stunde schlägt – fünf vor zwölf für den Iran?	443	6	Murphy, Philip D.	Der Countdown hat begonnen	441	17
Kreft, Heinrich	Afrika und Deutschland – eine neue Partnerschaft	443	80	Puglierin, Jana	Ein Kommentar zum amerikanischen Wahlkampf	441	29
Kürschner, Isabelle	Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft	TH1/2012	144	Rill, Bernd	Editorial: Frankreich 2012 – Wahl des Staatspräsidenten	443	3
Langguth, Gerd	100 Tage im Amt	444	54	Rohn, Holger	Potenziale technischer Innovationen	444	30
Losinger, Anton	Arbeitswelt 2.0	TH1/2012	34	Rolofs, Oliver Joachim	Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens	442	72
Lotter, Katharina	Emanzipation für alle	TH1/2012	85	Ruck, Christian	Herausforderung Ressourceneffizienz	444	18

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Ruckriegel, Karlheinz	Erkenntnisse aus der Glücksforschung für die Wirtschaftspolitik	441	56	Stewens, Christa	Work-Life-Balance: Realisierungschancen einer guten Idee	TH1/2012	78
Ruckriegel, Karlheinz	Happiness – Zukunftspotenzial für deutsche Unternehmen	TH1/2012	40	Stöger, Jochen	Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens	442	72
Sattelberger, Thomas	Vielfalt macht Unternehmen wetterfest	TH1/2012	22	Strobel, Maria	Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft	TH1/2012	144
Schlembach, Claudia	Einführung: Die Reform des kollektiven Gedächtnisses	442	12	Teltschik, Horst	Politische-Studien-Zeitgespräch: „Michail Gorbatschow hat Weltgeschichte geschrieben!“	441	6
Schlembach, Claudia	3. Münchener Ordo-Gespräche	443	90	Tumasjan, Andranik	Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft	TH1/2012	144
Schlembach, Claudia	Mission: Internationalisierung Vorgestellt: Tom Endres	444	90	Uhl, Hans-Peter	Rechtsextremismus in Deutschland	443	17
Schlembach, Claudia	Es war kein Umweg ... Vorgestellt: Roland Koch	445	82	Welppe, Isabell M.	Frauen in der Wissenschaft	442	39
Schlembach, Claudia	Arbeit – Zeit – Leben	TH1/2012	6	Welppe, Isabell M.	Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft	TH1/2012	144
Schlembach, Claudia	Im Takt: Arbeit, Familie, Partnerschaft	TH1/2012	95	Wirz, Stephan	Wenn die Religion den Arbeitsplatz reglementiert ...	TH1/2012	56
Schmid, Susanne	Antworten auf den demographischen Wandel	443	68	Witterauf, Peter	Die Weltwirtschaft im Umbruch	442	61
Schmidbauer, Wilhelm	Ein Lagebericht zur Situation in Bayern	443	46	Zhang, Junhua	Wird China Bedrohung oder Partner für den Westen sein?	442	52
Schnabel, Frieder	Potenziale technischer Innovationen	444	30	Zehetmair, Hans	Editorial: Demokratie als Modell?	444	3
Schneider, Siegfried	Die Zukunft der Medienregulierung	443	92	Zehetmair, Hans	Editorial: Religion und Meinungsfreiheit	446	3
Schockenhoff, Eberhard	Die ethische Verantwortung der Wissenschaft	445	70	Zehetmair, Hans	Editorial: Wegweiser für neue Arbeits- und Lebenswelten	TH1/2012	3
Schwarz Müller, Tanja	Frauen in der Wissenschaft	442	39	Ziercke, Jörg	Neue Dimension des Rechtsterrorismus	443	36
Silberhorn, Thomas	It's the budget, stupid!	441	50	Zimmerer, Robert	Pflege als neue Herausforderung der Arbeitswelt	TH1/2012	112
Spörrle, Matthias	Frauen in der Wissenschaft	442	39				

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:

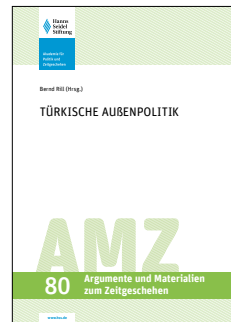
AKTUELLE ANALYSEN

Nr. 61: Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in Bayern

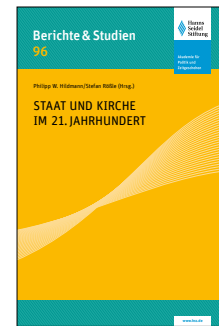


ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Nr. 79: Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern – Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander



ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN
Nr. 80: Türkische Außenpolitik



BERICHTE UND STUDIEN

Nr. 96: Staat und Kirche im 21. Jahrhundert



ARGUMENTATION KOMPAKT
3/2012: Wahl oder Nichtwahl:
Wer sind die Nichtwähler
in Deutschland?

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 447: „Französische Innen- und Außenpolitik“ mit Beiträgen von Stefan Brüne, Dominik Grillmayer, Roland Höhne und Henrik Uterwedde

Herausgeber:

© 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Prof. Dr. h. c. mult. Hans
Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

Graphik: Publishers Factory, München

Druck: Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abbestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
www.westend.61.de